

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 1,50 Mtl. monatlich, 1,10 Mtl.
wöchentlich, 22 Bg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 20 Bg. für
politische und gewerkschaftliche Berichte...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein gefährliches Spiel.

Wir haben schon in unserem Sonntagsblatt von den
Aeusserungen der „Münchener Post“ Mitteilung gemacht, die
sie unter dem Titel „Gewaltpolitik“ (nicht Wahlpolitik)
veröffentlichte.

Das wäre schon stark genug, aber das Blatt schließt
daraus:

„Unter diesen Umständen erscheint es nötig, daß die süd-
deutschen Parteigenossen erwägen, ob sie sich überhaupt
noch am Parteitag beteiligen und das Objekt einer so
unwürdigen Polizeikomödie bilden wollen.“

Die süddeutschen Genossen werden hier zu nichts geringerem
aufgefordert, als zur Erwägung darüber, ob sie die oberste
Instanz der Partei noch anerkennen, mit anderen Worten, ob
sie noch in der Partei bleiben wollen.

Alle diese Aeusserungen sind im Original fett gedruckt.
Sie sind darauf berechnet, den Genossen besonders in die
Augen zu fallen. Und sie sind nicht von ungefähr gemacht.

So lange nur die „Fränkische Tagespost“ so schrieb,
mochte man darüber lächeln als über leere Redomontaden
eines aufgeregten Sensationsjournalisten.

Zu der Tat, eine würdige Art des Revisionismus, sein
zehnjähriges Parteitagjubiläum zu feiern. Auf dem Stutt-
garter Kongress hielt er seinen Einzug mit der Erklärung Bern-
steins, die Entwicklung der wirklichen Verhältnisse vollziehe
sich anders, als Marx und Engels sie erwartet.

Daß diese Drohung ernst gemeint ist, wollen wir freilich
noch nicht annehmen. Wir halten sie für einen blinden Schreck-
schuß.

Die süddeutschen Budgetbewilliger haben sich eben ver-
rechnet und sind in eine Sackgasse geraten. Daß der Parteitag
im vorigen Jahre die württembergische Budgetbewilligung
nicht rügte, machte ihnen Mut. Sie sahen im Stillschweigen
der Offener Delegierten nicht Rücksicht gegenüber einer ge-
legentlichen Entgeißelung, nicht Widerwillen gegen den ewigen
Parteizank, den die ununterbrochenen Vorstöße der Revisionis-
ten nicht enden lassen, sondern sie sahen darin Schwäche
und Furcht der „Radikalen“, und meinten daher, das ein-
mütige Vorgehen des ganzen Südens müsse diesen noch mehr
Angst einjagen, noch mehr jeden Widerspruch zum Schweigen
bringen.

Darin haben sie sich verrechnet. Gerade ihr wohlüber-
legtes und abgetarntes einmütiges Vorgehen hat den Genossen
die Bedeutung der Sache klar zum Bewußtsein gebracht und
einen gewaltigen Proteststurm in allen Parteikreisen entfacht,
wenn diese nur einigermaßen objektiv informiert wurden.

Sicher will die Masse der bayerischen Genossen davon
nichts wissen. Sie sind ebenso gute Genossen wie alle anderen,
ebenso diszipliniert, ebenso bereit, Beschlüsse der Mehrheit

anuerkennen. Aber es genügt, daß sie jene Elemente, die
sich der eben erwähnten Methoden bedienen, in ihren Organen
frei schalten lassen, um die Partei der schlimmsten Schädigung
auszusetzen.

Wenn die „Münchener Post“ die süddeutschen Genossen
auffordert, zu erwägen, ob sie den Parteitag nicht als „un-
würdige Polizeikomödie“ behandeln wollen, so fordern wir
diese Genossen auf, und vor allem die bayerischen, zu erwägen,
welche Gefahren sie über die Partei heraufbeschwören, wenn
sie noch weiter dulden, daß das Proletariat Süddeutschlands
gegen seine norddeutschen Brüder und gegen die Gesamtheit
der Partei in so demagogischer Weise aufzuheizen versucht wird.

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das unsere beiden
großen bayerischen Organe wagen. Was vielleicht nur als
blendendes und erschreckendes Feuerwerk gedacht ist, kann in
der augenblicklichen Situation leicht zum Brand werden, der
schließlich die Brandstifter selbst mit Entsetzen erfüllt.

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das unsere beiden
großen bayerischen Organe wagen. Was vielleicht nur als
blendendes und erschreckendes Feuerwerk gedacht ist, kann in
der augenblicklichen Situation leicht zum Brand werden, der
schließlich die Brandstifter selbst mit Entsetzen erfüllt.

Aus dem Parteibureau wird uns zu dem betreffenden Artikel
der „Münchener Post“ geschrieben:

Wie die „Münchener Post“ schreiben kann, daß sich der
Parteivorstand (durch die Massendelegation von Partei-
genossen) auf den Standpunkt des Polizeiaufgebots
gestellt habe, ist uns unerfindlich. Nach dem Organisations-
statut haben die einzelnen Reichstagswahlkreise das unbeschränkte
Recht, drei Delegierte zu entsenden. Der Parteivorstand
hat in keiner Weise in die Wahl der Delegierten
eingegriffen. Der Alarm der „Münchener Post“ haut also
völlig daneben. Daß aus der Zentralliste keine Mittel für die
Delegationen der Wahlkreisorganisationen gegeben werden, ist erst
recht selbstverständlich.

Sozialismus und Kriegshetze.

London, 29. August.

Die von Hyndman und Blakford erlassenen Kriegs-
warnungen, die von Keir Hardie zurückgewiesen wurden, haben
nun auch eine Antwort von Hunter Watts in der
„Justice“ und eine von Bebel im „Labour Leader“ hervor-
gerufen. Hunter Watts, eines der ältesten und geachteten
Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, bedauert aufs
tiefste das Auftreten seiner Genossen, das nur dazu angetan
sei, den internationalen Sinn, den die Partei nach langen
Jahren mühevoller Agitation geweckt habe, zu schwächen.
Die Kriegskartikel bekunden einen schwachen Glauben in die
Macht des Sozialismus und erschweren nur die Propaganda
der deutschen Sozialdemokratie. Hunter Watts steht sicherlich
nicht allein mit seinen Ansichten in der Partei.

Auf eine Anfrage des Redakteurs des „Labour Leader“
antwortete Bebel etwa wie folgt: Die Meinungsverschieden-
heiten zwischen Hyndman und Hardie haben auch die Auf-
merksamkeit der sozialistischen Presse Deutschlands auf sich ge-
lenkt. Soweit er von der Schweiz aus urteilen dürfte, stellte
sich die sozialistische Presse auf Seite Hardies. Die ganze Auf-
regung seiner englischen Freunde sei indes zwecklos. Auch Deutsch-
land befände sich in einer Wirtschaftskrise, was kein besonders
geeigneter Augenblick sei, sich in einen Krieg zu stürzen.
Uebrigens wäre ein englisch-deutscher Krieg gar nicht zu
lokalisieren; er würde einen Weltkrieg entfachen. Die deutsche
Sozialdemokratie werde alles tun, um eine solche Katastrophe
unmöglich zu machen, sollte sie aber trotz aller Bemühungen
doch ausbrechen, so würden ihre Urheber die Verantwortlichkeit
zu tragen haben. Die große Mehrheit der Deutschen dächten
gar nicht an Krieg. Er wage es deshalb, von einer Reise
der englischen Freunde nach Deutschland abzuraten. Eine
derartige Reise könnte von unseren Gegnern falsch ausgelegt
werden. Es würde so aussehen, als ob sich Leute in England
vor Deutschland fürchteten. Das sollte vermieden werden.
Welchen Zweck könnte man übrigens mit einer derartigen Reise
erreichen? Wir könnten ja der Deputation doch nur das
wiederholen, was wir so oft auf Kongressen, in Versamm-
lungen und in der Presse gesagt haben. Die herrschenden
Klassen beider Länder wissen ohnehin, daß die englischen und
deutschen Arbeiter solidarisch seien. Neue Versicherungen
wären deshalb überflüssig. Außerdem werde der nächste Nürn-
berger Parteitag Gelegenheit nehmen, unsere Haltung zu den
internationalen Beziehungen klarzulegen.

Bebel's Antwort erschien auch in der „Daily News“. Der
Redakteur des „Labour Leader“ versichert Bebel, daß dessen
Ansichten über die Abwendung der englischen Deputation nach
Berlin die ernsteste Beachtung finden werden.

Der sozialistische Arbeiterabgeordnete William Thorne
bringt eine Mitvorlage im Parlament ein, die folgende
Hauptbestimmungen enthält: Jeder wehrfähige britische
Bürger hat die Pflicht, sich einer militärischen Ausbildung zu
unterziehen. Befreit sind Seefahrer, Schwächlinge, sowie die-
jenigen Personen, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren
können, Waffen zu gebrauchen. Letztere Personen sollen aber
für den Lazarettendienst ausgebildet werden. Die Milizpflicht

beginnt mit dem 18. Lebensjahre und soll bis zum 29. Lebens-
jahre fortgesetzt werden. Vom 20. bis zum 45. Lebensjahre
treten die Milizleute in die Reserve. Jedes Mitglied dieser
Bürgerarmee erhält während der Ausbildungszeit 6 Schilling
(Mark) täglich, Unteroffiziere 7 Schilling, Offiziere 7 Schilling
6 Pence (7,50 M.). Die Miliz darf unter keinen Umständen
gegen innere Unruhen oder nach dem Auslande requiriert
werden. Ihre einzige Pflicht ist, die Heimat gegen eine
Invasion zu verteidigen.

Aus dem Englischen ins Deutsche zurückübersetzt, lautet
Bebel's Brief an die Redaktion des „Labour Leader“:

Werter Genosse Bruce Glasier!

Ihr Brief vom 17. wurde mir hierher gesandt. — Die Differenzen
zwischen Hyndman und Keir Hardie haben auch die Aufmerksamkeit
der deutschen sozialistischen Presse erregt. So viel ich von hier aus
sehen kann, hat die deutsche sozialistische Presse sich auf die Seite
Keir Hardies gegen Hyndman gestellt. Ihr Volk sollte mit dieser
Tatsache zufrieden sein. Was mich betrifft, so möchte ich in diesem
Streit nicht eingreifen. Ich liebe es nicht, mich in Differenzen zu
mischen, die zwischen ausländischen Genossen entstanden sind. Das
könnte leicht zu unerfreulichen Konsequenzen führen.

Meine Schlussfolgerung ist, daß unsere Freunde jenseits des
Kanals sich unnötigerweise über diese Kriegstreiberei aufregen. Auch
wir in Deutschland haben eine große wirtschaftliche Krise zu über-
stehen, und das ist der unglücklichste Augenblick, an einen Krieg zu
denken. Es würde in der Tat heißen, den Teufel durch Beelzebub
auszutreiben. Ueberdies würde ein Krieg zwischen England und
Deutschland zu einem europäischen Krieg führen — das heißt,
zu einem Weltbrand, wie noch nie dagewesen ist, die deutsche
Sozialdemokratie wird ihr Bestes tun, um das zu verhindern;
aber sollte es trotz all ihrer Anstrengungen dazu kommen, so
würden diejenigen, die diesen Brand entzündeten, auch die Folgen zu
tragen haben.

Die ungeheure Mehrheit der Deutschen denkt nicht an einen
Krieg mit England, und zwar aus ganz nüchternen Gründen des
eigenen Interesses. Wir haben nichts zu gewinnen, aber viel zu
verlieren.

Darf ich nun aus den hier erwähnten Gründen den eng-
lischen Freunden dringend von der Entsendung
einer Deputation nach Deutschland abraten? Solch
eine Aktion würde von unseren Gegnern falsch ausgelegt werden.
Es würde so aussehen, als ob man in England Angst vor Deutsch-
land hätte. Das sollten wir vermeiden. Welchen Zweck könnte eine
solche Aktion haben? Wir könnten in der Erwiderung nur sagen,
was wir allein wie auf Kongressen, in Versammlungen und
Zeitungen schon so oft gesagt haben und noch sagen werden. Von
der Solidarität der englischen und der deutschen Arbeiterklasse sind
die Herrschenden auf beiden Seiten überzeugt. Deshalb ist eine
neue Versicherung nicht nötig. Außerdem wird die deutsche sozial-
demokratische Partei bei ihrer nächsten Zusammenkunft in Nürnberg
Gelegenheit nehmen, ihre Stellung zu den internationalen Be-
ziehungen zu erklären.

Mit brüderlichen Grüßen Ihr A. Bebel.

Es erscheint uns fraglich, ob Genosse Bebel, als er den Brief
von Järich an die Redaktion des „Labour Leader“ richtete,
bereits von dem Stande der zwischen dem Ausschuß der Berliner
Gewerkschaftskommission, dem Aktionsausschuß der Partei und den
Vertretern der englischen Arbeiterpartei gepflogenen Unterhandlungen
genau unterrichtet war. Sein Brief ist bereits am 20. August von
Järich abgegangen, während der erste Notiz über die getroffenen
Abmachungen in der „Vorwärts“-Nummer vom 22. August erschien.

Was die beabsichtigten Demonstrationen anbelangt, so sind auch
wir der Ansicht, daß sie zu dem Zweck, die sozialdemokratischen
Arbeiter Deutschlands über die Gefährlichkeit der betriebenen Kriegs-
hetze aufzuklären, kaum nötig sind. Von der deutschen Arbeiter-
schaft sind bisher alle Versuche, sie gegen England auszubeyen,
schlief abgewiesen worden, mochten auch die Kriegshetzer die
deutschen Arbeiter immer wieder der Vaterlandslosigkeit beschuldigen.
Eine andere Frage ist aber, ob nicht öffentliche Friedens-
demonstrationen der deutschen Arbeiterschaft beruhigend auf jene
Reise in England zu wirken vermögen, in denen die Aufhebungso-
erfunde ernste Kriegsbesürchtungen erregt haben. Diese Frage zu
entscheiden, ist Sache unserer englischen Genossen, die am besten
über die Situation in England zu urteilen vermögen. Sind sie der
Ansicht, daß die geplanten Friedensdemonstrationen ihnen in ihrem
Kampfe gegen die Kriegpropaganda zu nützen vermögen, so sind die
deutschen Arbeiter zur Unterstützung bereit.

Zur Organisation des Bildungswesens.

Als vor einiger Zeit ein ehemaliger Parteiführer, Genosse
Wegener-Kassel, die Parteiführer ein „verfehltes Unternehmen“ ge-
nannt und einer Dezentralisierung der Bildungsbestrebungen im
Sinne der Nürnberger Versuche das Wort geredet hatte, knüpfte
Genosse Eisner hieran die Bemerkung, daß so wie dieser Partei-
führer wohl die meisten seiner ehemaligen Kameraden denken würden,
Obwohl ich persönlich von vornherein nicht daran zweifelte, daß
Eisners Vermutung ebenso falsch wie voreilig war, hielt ich es doch
für notwendig, die Haltlosigkeit der von Eisner angelegenen
Legende sofort auf die unansehnlichste und zuverlässigste Weise dar-
zutun. Als Obmann des Lehrerkollegiums der Parteiführer richtete
ich an die ehemaligen Parteiführer ein Schreiben, in dem ich ihnen

den Sachverhalt darlegte und sie fragte, ob sie der Ansicht des Genossen Wegener zustimmen oder nicht. Ich bemerkte ferner in dem Schreiben, daß es mir bei der Antwort nicht auf die guten oder schlechten Erfahrungen ankomme, die der einzelne bei seiner Rückkehr von der Parteischule in Bezug auf Anstellung und Beschäftigung gemacht habe, sondern vornehmlich darauf, ob er durch den Besuch der Parteischule eine merkwürdige Förderung seiner theoretischen Einsicht erfahren hätte, ob er jetzt besser als vordem imstande sei, in den wissenschaftlichen Sozialismus einzudringen; ob die Parteischule seine Kraft und seine Fähigkeit zum Weiterstudieren angeregt habe und ob der auf der Parteischule genossene Unterricht ihm die Darlegung und Popularisierung unserer Ideen erleichtere.

Genosse Eisner, der von meinem Schreiben an die Parteischüler auf irgend eine Weise Kenntnis erhalten hat, nimmt in der „Frankfurter Tagespost“ dazu Stellung. Aber er verrät hierbei die selbe Unklarheit über die Organisation des parteigenösslichen Bildungswesens, die auch schon in seinen früheren Veröffentlichungen zu dieser Frage zutage trat. Es erscheint deshalb mit Rücksicht auf Eisner und auf andere am Platze, die Sachlage einmal etwas eingehender auseinanderzusetzen.

Genosse Eisner schreibt: „Der Obmann des Berliner Bildungsausschusses, Genosse H. Schulz, richtet an alle früheren Teilnehmer der Parteischule ein Rundschreiben, in dem sie um ihre Meinung erfragt werden, ob sie mit dem Unterricht zufrieden wären, ob sie sich befähigter fühlten als früher usw. Die Absicht dieser Rundfrage ist, das Ergebnis des früheren Parteischülers Wegener zu unterstützen, der gleich mir die Parteischule in ihrer jetzigen Form für unzulässig erklärte. Ich fügte hinzu, daß so wohl die meisten Parteischüler dächten. Wie ist der Zweck des Rundschreibens unverständlich. Auch Genosse Wegener hat sich über den Unterricht durchaus befriedigt erklärt, und ich habe mich über diese Frage überhaupt nicht geäußert und konnte mich nicht äußern, da ich den Unterricht aus eigener Anschauung nicht kenne. Die Frage des Rundschreibens ist also falsch gestellt und die Beantwortung trifft deshalb gar nicht das von mir und dem Genossen Wegener erörterte Problem der Organisation des deutschen Bildungswesens. Danach hätte man die früheren Schüler fragen müssen, z. B., ob in ihnen Hoffnungen auf eine Parteistellung erregt und ob sie erfüllt worden sind.“

Ich bedaure außerordentlich, daß Genosse Eisner nach zweijährigen Bestehen der zentralen Bildungsorganisation der Partei noch solchen Mangel an Kenntnis über ihr Wesen und ihre innere Zusammengehörigkeit verrät, wie aus seiner obigen Notiz hervorgeht. Genosse Eisner spricht — aus Unkenntnis oder mit geheimer Nebenabsicht? — von einem Berliner Bildungsausschuss. Bekanntlich gibt es aber bis jetzt noch gar keinen Berliner Bildungsausschuss. Hoffentlich wird es nicht mehr lange dauern, bis sich auch die Berliner Parteigenossen ein solches Institut zur planmäßigen Organisation der Bildungsarbeit geschaffen haben; vorläufig aber existiert ein solcher Ausschuss noch nicht. Bei seiner guten Kenntnis der Berliner Parteiverhältnisse sollte auch Eisner das eigentlich wissen. Aber vielleicht weiß es Eisner auch, und er meint deshalb mit dem „Berliner“ Bildungsausschuss in Wirklichkeit den vom Mannheimer Parteitag für die deutsche Gesamtpartei eingeleiteten Bildungsausschuss. Warum nennt er ihn dann den Berliner Bildungsausschuss? Sollte er nicht aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Bildungsausschusses ersehen haben, daß der Ausschuss gerade für Berlin wenig getan hat, und daß fast seine ganze bisherige bescheidene Tätigkeit dem übrigen Deutschland, von Stuttgart bis Posen, zugute gekommen ist? Der Bildungsausschuss hätte auch gern den bayerischen Genossen mehr geholfen als es geschehen ist; es hat aber nicht am Bildungsausschuss gelegen, wenn es bisher nicht in umfangreichem Maße der Fall gewesen ist.

Eisner nennt mich ferner zu unrecht den Obmann des Bildungsausschusses. Der Vorsitzende des Ausschusses ist Genosse Hugo Heimann-Berlin; seine weiteren Mitglieder sind die Genossen David Mainz, Korn-Niel, Mehring-Steglich, Vollmar-München und die Genossen Zeiss-Stuttgart. Als sechstes Mitglied und zugleich als sein Geschäftsführer gehörte ich dem Ausschuss an. Der Parteivorstand entsendet zu den Sitzungen des Ausschusses als seinen Vertreter den Genossen Bebel. Aber natürlich habe ich nicht als Geschäftsführer des Bildungsausschusses an die ehemaligen Parteischüler geschrieben, sondern in der von mir zugleich ausgehenden Funktion als Obmann des Lehrerkollegiums der Parteischule. Eine unmittelbare organisatorische Zusammengehörigkeit besteht im übrigen zwischen den beiden Instituten nicht. Die Parteischule ist ein Ressort des Parteivorstandes, der Bildungsausschuss dagegen ist eine von einem Parteitag eingesetzte und alljährlich von den Parteitagungen neugewählte selbständige Korporation, die selbstverständlich im Interesse der Partei ihre Arbeiten in enger Fühlung mit dem Parteivorstand zu erledigen bemüht ist.

Aber eine innere Zusammengehörigkeit zwischen den beiden Instituten ist trotzdem vorhanden, wie ich weiter oben schon andeutete. Und diese führt mich wieder auf die übrigen irrigen Ausführungen der Eisnerschen Notiz zurück. Eisner meint, ich hätte in meinem Schreiben an die Parteischüler fragen müssen, wie sie sich zu seinen und Wegeners Ansichten über eine andere Organisation des Bildungswesens stellen. Aber das war in diesem Falle gar nicht die entscheidende Frage. Zunächst konnte ich bei allen Parteischülern eine hinlängliche Kenntnis von den Funktionen des Bildungsausschusses voraussetzen, haben sie mich doch häufig genug in dankenswerter Weise dabei unterstützt. Sie wissen deshalb auch sehr genau, daß der Bildungsausschuss gerade die „Massenbildung“ anstrebt, die Genosse Eisner propagiert. Sie wissen allerdings auch, daß der Bildungsausschuss dies vorläufig nicht dadurch erreichen kann, daß er die wenigen für die Massenbildung geeigneten Kräfte in einem verhältnismäßig kleinen Besatze dauernd festhält, sondern dadurch, daß er sie durch das Mittel der wissenschaftlichen Wanderturse möglichst vielen Gegenden Deutschlands und möglichst vielen Genossen zugute kommen läßt. Wie der Jahresbericht des Bildungsausschusses mittelst, sind im letzten Winter durch die Vortrags- und Unterrichtsturse, die der Bildungsausschuss vermittelt hat, 5493 Genossen und Genossinnen gegangen. Ich konnte ferner bei den ehemaligen Parteischülern als selbstverständliche Meinung voraussetzen, daß sie nicht im Sinne der Eisnerschen Pläne einer Aufstellung der Parteischule zugunsten der Provinz geneigt sein würden. Denn die Parteischüler kennen durchweg die Personalverhältnisse im Lehrerkollegium hinreichend, um schon aus diesem Grunde die Unmöglichkeit solcher Pläne einzusehen. Zugleich aber wissen alle ehemaligen Parteischüler, daß die nächste, sicherste und darum auf die Dauer auch billigste Methode zur allmählichen Verwirklichung des Eisnerschen Bildungsideals und des Rittenberger Vorbildes — die Parteischule ist, besonders wenn sie in Zukunft noch ausgebaut und befestigt wird.

Gerade in der Parteischule werden alljährlich an dreißig Genossen und Genossinnen herangebildet, im wissenschaftlichen Sozialismus und in einigen Hilfswissenschaften unterwiesen sowie in der praktischen Anwendung des Gelesenen geübt, und zwar wendet die Partei die dadurch entstehenden erheblichen Kosten nicht auf, damit der einzelne sein persönliches Wissen im Selbstinteresse erweitern soll, sondern damit er es der Allgemeinheit, den Parteigenossen

wieder zugute kommen läßt. Wenn das bisher noch nicht in genügendem Maße geschehen ist, so liegt gewiß ein Teil der Schuld bei den ehemaligen Parteischülern, da bei der nun einmal vorhandenen menschlichen Unzulänglichkeit nicht jeder in gleichem Maße die nötige Befähigung besitzt oder erwirbt. Zum anderen Teile liegt aber auch die Schuld bei den Parteigenossen, indem sie die ehemaligen Parteischüler nicht in genügendem Maße vor Aufgaben gestellt haben, die sie hätten lösen können. Ich habe dabei nicht allein die Anstellung im Auge; auch Genossen, die von der Parteischule aus wieder in ihren ehemaligen Beruf als Tischler oder Schlosser oder Maler zurückkehrten müßten, sind gern bereit, die auf der Schule erworbenen neuen Kenntnisse durch Abhalten von Vortragsabenden und von Unterrichts- und Vortragskursen im Interesse der Partei anzuwenden. In Orien, in denen man die Wirksamkeit der Parteischule von vornherein richtig beurteilt hat, die deshalb auch ihre besten Kräfte geschickt und sie bei ihrer Rückkehr in der richtigen Anwendung des Gelesenen tatkräftig unterstützt haben, ist denn auch schon heute der gute Einfluß der Parteischule unverkennbar.

Vielleicht kommt jemand mit dem Einwande, daß die Parteischüler mit ihrem halbjährigen Schulbesuch noch keine brauchbaren Vorkräfte seien. Darauf ist zu erwidern, daß die meisten Parteischüler schon vorher als Lehrer und Agitatoren tätig waren, sodah ihnen die Parteischule nur die nötige systematische Grundlage, Vertiefung und Festigung und die Methode zu geben braucht. Das ist aber bei gewissenhaften Schülern in dem halben Jahre ein durchaus erreichbares Ziel. Ein aufgeweckter, charaktervoller Proletarier, der sich zum Ziele setzt, das lösbare halbe Jahr in Berlin noch besten Kräften auszunutzen, wird ungemessene Schätze neuer Erkenntnisse und Anregungen mit nach Hause nehmen. Und wiederum wird ein solcher Mann weit besser für die „Massenbildung“, das heißt also für die Weitergabe und Popularisierung des Gelesenen an einen Kreis bildungsreicher Genossen in seiner Heimat, geeignet sein als mancher akademisch gebildete Theoretiker, da er im Gegensatz zu diesem viel unmittelbarer zu den Genossen sprechen kann und oft genug Möglichkeiten und Beispiele zur Veranschaulichung des Vorgetragenen findet, auf die ein noch so gelehrtes Haus nicht kommt. Das haben schon gelegentliche Erfahrungen im Unterrichte der Parteischule ergeben. Gelingt es aber der Parteischule, von ihren Schülern möglichst viele zu Lehrern der gekennzeichneten Art heranzubilden, so hat sie ihr Hauptziel erreicht. Damit ist dann auch im wesentlichen das erreicht, was Eisner anstrebt. Nur will Eisner das Ziel allein, ohne die Mittel zu wollen, ja, er will sogar ein wichtiges Mittel zerkümmern. Nützlicher scheint es mir zu sein, zunächst die Mittel, die Vorbedingungen, zu schaffen und damit auch das Ziel zu erreichen.

Aus diesen Gründen waren für mich, als ich mich mit meinem Schreiben an die ehemaligen Parteischüler wandte, die entscheidenden Fragen nicht die, die Eisner dafür hält, sondern die von mir eingangs genannten. Ich wollte wissen, ob die Parteischule ihren Hauptzweck, die Schulung der Genossen zu tüchtigen, theoretisch gefestigten Agitatoren und Lehrern, nach der Meinung der Parteischüler, der Schüler erreicht hat. Eine beiläufige Nebensache ist demgegenüber, ob die ehemaligen Parteischüler schon alle in Partei- oder Gewerkschaftstellungen untergebracht sind. Gewiß ist das wünschenswert und es freut mich deshalb, daß die Teilnehmer an beiden Kursen zum überwiegenden Teile geeignete Stellen erlangt haben. Wenn es damit bisher haperte und noch hapert, so liegt das neben einem hier und da vorhandenen unbedeutenden Mißtrauen gegen die Parteischule besonders an der wirtschaftlichen Krise, die alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen veranlaßt, sich gegenwärtig in der Anstellung neuer Kräfte große Zurückhaltung aufzuerlegen. Aber für den Hauptzweck der Schule ist diese Frage nicht entscheidend, da man der Partei auch wertvolle Dienste leisten kann, wenn man sich nicht in einer beamteten Stellung befindet. Wöllig überflüssig aber wäre die von Eisner gewünschte Frage an die Parteischüler gewesen, ob in ihnen Hoffnungen auf eine Parteistellung erregt worden sind. Jeder Parteischüler weiß, daß dies nicht der Fall gewesen ist.

In einem zweiten Artikel werde ich an der Hand der Urteile der früheren Parteischüler den Beweis erbringen, daß diese entgegen der Eisnerschen Annahme und im Gegensatz zum Genossen Wegener die Parteischule nicht für ein „verfälschtes Unternehmen“ halten.

Heinrich Schulz.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. August 1908.

Eine kaiserliche Friedensrede.

Wilhelm II. hat auf dem gestrigen Festmahle im Strahburger Kaiserpalast eine Lisdrede gehalten, und zwar eine sogen. Friedensrede, die wahrscheinlich in den nächsten Tagen die gutgefinnte Presse lebhaft beschäftigen wird. Er sagte u. a.:

„Als Bewohner dieses Grenzlandes haben Sie naturgemäß das größte Interesse an der weiteren Erhaltung des Friedens, und ich freue mich, Ihnen als meine innerste Ueberszeugung es auszusprechen zu können, daß der europäische Friede nicht gefährdet ist. Er beruht auf zu festen Grundlagen, als daß sie durch Hegeleben und Verleumdungen, von Reich und Mißgunst Einzelner eingegeben, so leicht umgestürzt werden könnten. Eine feste Värghast bietet in erster Linie das Gewissen der Fürsten und Staatsmänner Europas, die sich Gott gegenüber verantwortlich wissen und fühlen für das Leben und Gedeihen der ihrer Leitung anvertrauten Völker.“

Zum anderen ist es der Wunsch und der Wille der Völker selbst, sich in ruhiger Weiterentwicklung die großartigen Errungenschaften fortschreitender Kultur nutzbar zu machen und im friedlichen Wettbewerb ihre Kräfte zu messen. Und zuletzt wird der Friede gesichert und verbürgt auch durch unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande, durch das deutsche Volk in Waffen. Stolz auf die unvergleichliche Manneszucht und Ehrliebe seiner Wehrmacht ist Deutschland entschlossen, sie ohne Bedrohung anderer auch freier auf der Höhe zu erhalten und so auszubauen, wie es die eigenen Interessen erfordern, niemand zuliebe, niemand zuleide.“

In der heutigen Zeit der Kriegshege und der Kriegsbefürchtungen kann die Rede nichts schaden. Zu bedauern ist nur, daß die späteren Sätze die einleitenden Friedensversicherungen größtenteils wieder aufheben. Der Ausbruch, der Friede werde besonders gesichert und verbürgt durch die Erhaltung unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande und deren Ausbau in dem Maße, wie es die eigenen Interessen Deutschlands verlangen, das heißt, durch weitere fortgesetzte Rüstungen, hebt den Eindruck der im ersten Teil der Rede bekundeten Meinung, daß der europäische Friede nicht gefährdet sei, wieder auf. Besonders in England wird man in diesem Pajus nur den Willen sehen, sich auf keine Abrüstung zur See einzulassen, also trotz der englischen Vorschläge einer Festsetzung der Seiffeneubauten das Weiterstreben nach Wehrmacht fortzusetzen. Auch die Begründung des Friedens mit dem Gewissen der Fürsten und der Staatsmänner und ihrem Verantwortlichkeitsgefühl vor Gott ist wenig überzeugend,

da es sowohl um das Gewissen als um die Gottesfurcht mancher der europäischen Potentaten recht schlecht bestellt ist. Eine weit bessere Friedensbürgschaft scheint uns darin zu liegen, daß man in den herrschenden Klassen von einem Krieg vielfach einen Ruin des heutigen Wirtschaftslebens befürchtet, und daß das arbeitende Volk trotz aller Kriegstreiberberei und Stimmungsmache bestimmter Interessenschichten von einem Kriege absolut nichts wissen will. Dieser „Wille der Völker selbst“ ist schließlich doch das Entscheidende.

Das Fazit der Budgetbewilligung

ziehen in Baden mit breitem Behagen die liberalen Blockparteien, indem ihre Presse einen Artikel des Konstanzer demokratischen Abgeordneten Venedey nachdruckt, in welchem die hohe politische Einsicht der badischen Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Berlinern gelobt und die nun offen zutage liegende Vandalität der Sozialdemokratie konstatiert wird. Es heißt da:

„Wenn es für anglische Gemüter — zu denen wir Demokraten gottlob nicht gehören — noch eines Beweises für die Vandalität der badischen Sozialdemokratie bedürft hätte, so würde ihn die Enklossenheit und das Verantwortlichkeitsgefühl endgültig erbracht haben, mit dem ihre Abgeordneten, dem großen Berliner Parteibannstrahl mutig trotzend, sich sagten: es geht nicht, daß wir uns monatlang an den Verhandlungen des Landtages beteiligen und große Ausgaben bewilligen, um uns im Augenblick der Entscheidung und Verwirklichung in den Schmolminkel unfruchtbarer Negation zurückziehen und das Finanzgefäß und damit die Mittel der Durchführung der von uns selbst mitbeschlossenen Anforderungen verweigern. Man wird es den Abgeordneten Kolb und Frank, die auf dem bevorstehenden Parteitag einen schwereren Gang tun werden, hoch anrechnen müssen, daß sie der eigenen besseren Einsicht und der Vernunft gegen die verblendete Parteidoktrin der Berliner Parteigötter zum Sieg verholfen und damit den Weg der Verständigung mit den bürgerlichen Liberalen und Demokraten für die nächsten Wahlen aufs neue geobnet und gangbar gemacht haben.“

Also jetzt brauchen die Liberalen unsere Hilfe nicht mehr zurückzuweisen, nachdem unsere Fraktion gezeigt hat, daß sie „Einsicht und Vernunft“ genug besitzt, um den Weg für die Verständigung mit den Liberalen und Demokraten zu ebnen.

Herr Mugdan.

Mugdan ist bei den Freisinnigen das, was Krelch und Odenburg-Januschau bei den Konservativen sind: der politische Clown, der bestrebt ist, durch extrem-reaktionäre Äußerungen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Jetzt ist der Mann von Theodor Barth in einer Versammlung wie folgt gezeichnet worden:

„Wir alle wissen, daß Mugdan geradezu die Verkörperung aller reaktionären Eigenschaften des heruntergelommenen Blockfreisinn darstellt. Deshalb muß für jemand, der wirklich ernsthaft fortschrittliche Politik in der Berliner Kommunalverwaltung treiben will, es unmöglich sein, einen so reaktionären Mann wie Herrn Mugdan ins Rote Haus zu schiden. Mugdan hat sich immer nur in der Richtung betätigt, unter allen Umständen gegen die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterkraft scharf zu machen. Er ist auf diese Weise zu einer der sozialrückständigsten Figuren in unserem parlamentarischen Leben geworden. Ein solcher Rückschritt darf nicht in unser Stadtparlament kommen. Eugen Richter war ein Feind des Reichstagswahlrechts für die Kommunen und Herr Mugdan wird kaum fortschrittlicher sein als Eugen Richter. Man muß verhindern, daß durch die Wahl Mugdons wieder der Regierung gezeigt wird, daß das freisinnige Getriebe nichts bedeutet und daß das freisinnige Vürgerturn in Berlin keine Zähne hat. Gerade die Berliner Bürgerchaft muß es als ihre Ehrenpflicht betrachten, allen Wert zu zeigen, daß sie bei der Verteidigung der Selbstverwaltung im Vorderreihen steht. Auch beim Fall Schilling hatten die freisinnigen Führer keinen Finger gerührt, als die Demokratische Vereinigung schon machtvolle Protestkundgebungen veranstaltete. Es handelt sich darum, die kommunalpolitische Ehre Berlins wieder herzustellen, und deswegen kann man keinen reaktionären Mugdan wählen.“

Das Schicksal der Krankenkassen.

Eine Fachzeitschrift für die Betriebskrankenkassen ist in der Lage, nähere Mitteilungen über die in Aussicht stehende „Reform“ zu machen. Beabsichtigt ist eine umfassende Zentralisation durch Verschmelzung gleichartiger Kassen. Für die Abgrenzung sind die berufsgenossenschaftlichen Bezirke als maßgebend ins Auge gefaßt.

In der inneren Organisation sollen grundsätzlich Rechte und Pflichten der Unternehmer und Arbeiter gleich sein und die Beiträge von Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen getragen werden. Die Kassenvorstände sollen einen „unparteiischen“ Vorsitzenden erhalten, der vom Kommunalverbande, das heißt, meist vom Kreisrat zu bestellen ist, bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt und in der Regel die Geschäfte des Vorstandes allein wahrnimmt.

Damit wären die Wünsche des Verbandes deutscher Industrieller erfüllt. Das Reichamt des Innern hat vor den Druck und Nonforten kapituliert. Nach dem obigen Vorschlag wäre die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen beseitigt, die Ortskrankenkassen würden zu einer Versorgungsanstalt für Militärärzte herabgedrückt werden. Herr v. Bethmann-Hollweg, der in diesem Falle ein getreuer Feind des Großkapitals sein will, wird auch keinen besonderen Widerstand leisten, wenn es dem Koalitionsrecht an den Krügen gehen soll.

Umgehung der Grenzkontrolle bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Der Landrat des Kreises Marienburg, Frhr. Senff v. Pilsach, erläßt folgende Bekanntmachung in dem dortigen Kreisblatt:

„Durch eine Anzeige des Grenzamtes Lautenburg Wpr. und auch auf anderem Wege ist mir bekannt geworden, daß bei den gegenwärtigen Entearbeiten im Marienburger Kreise in nicht geringer Anzahl Russen ohne Legitimationskarten beschäftigt werden, die mit Falschwert über die Landesgrenze nach der Station Rantow der Marienauer Eisenbahn befördert sind.“

Die Einführung von Legitimationskarten der Deutschen Feldarbeiterzentralstelle für ausländische Arbeiter, die an der Spitze des Kreisblattes vom 15. April 1908 bekannt gemacht wurde, verfolgt den Zweck, den überhandnehmenden Kontraktarbeiten der fremden Arbeiter zu steuern. Dieser Zweck kann aber nur erreicht werden, wenn die Landwirte selbst das Zögern dazu tun, indem sie keine fremden Arbeiter ohne Legitimationskarte einstellen und Kontraktbrüche Leute den Polizeibehörden anzeigen, damit sie ausgewiesen werden.

Auf einmünd wollen manche Landwirte die Gebühren für die Ausstellung der Karten ersparen. Diese Gebühr ist eine lästige, aber zur Deckung entstehender Kosten unvermeidliche Abgabe, die jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Vorteilen einer erfolgreichen Bekämpfung des Kontraktbruchs steht.

Ich wende mich hiermit an die Einsicht der beteiligten Kreise, indem ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß sie sich jeder Umgehung der Grenzkontrolle im eigenen Interesse der heimischen Landwirtschaft enthalten und sich vielmehr die Unterstützung der Grenzämter und der mitwirkenden Behörden angelegen sein lassen.“

Die Bekanntmachung zeigt unsere ehernen Charakter in ihrer ganzen Prostitution.

Auch in Ostpreußen, insbesondere in den nahe der Grenze gelegenen Landkreisen wird die Grenzkontrolle also ohne große Schwierigkeiten von den Besitzern, in deren Interesse die Grenzlegitimation eingeführt worden ist, umgangen. Die für Feldarbeiten angeworbenen Arbeitskräfte werden vielfach weit ab von den Grenzämtern in dazu bereit gehaltenen Wagen über die sogenannte grüne Grenze transportiert und von den Besitzern auch ohne Legitimationskarten in Empfang genommen.

Braucht man die ausländischen Arbeitstiere nicht mehr, dann läßt man sie laufen. Kontraktbrüchige Arbeiter werden sehr oft nicht der Polizei denunziert, weil dem Besitzer dadurch Geldkosten entstehen; denn laut Gesetz werden die Kosten für den Rücktransport kontraktbrüchiger ausländischer Arbeiter über die Grenze von dem Besitzer eingezogen, bei dem die Arbeiter kontraktbrüchig geworden sind, und wenn es den Agrariern an den Geldbeutel geht, dann pflegen sie auch auf Gesetze und Verfügungen, deren Zustandekommen sie selbst veranlaßt haben.

Die Strafprozess-Novellen.

Die in ihren Grundzügen im Juli schon mitgeteilten Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung sind nunmehr in amtlicher Ausgabe mit Begründung veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung umfaßt 380 Seiten in Quartformat. Der Inhalt ist aus den offiziellen Veröffentlichungen zum Teil schon bekannt und auch von uns mitgeteilt worden. Er betrifft die Organisation der Strafgerichte I. und II. Instanz, die sachliche Zuständigkeit der Gerichte, die Öffentlichkeit, die Untersuchungshaft, die Beschleunigung des Verfahrens und das Verfahren gegen Jugendliche. Die Begründung spricht die Hoffnung aus, daß auf Grund der Reformen Untersuchungs- und in wirklich unbedeutenden Sachen ganz vermieden werde. Beseitigt soll ferner die schematische Begründung des Pluchberichts sein. Die Vermutung der Pluchgefahr soll nur bestehen, wenn nach Lage des einzelnen Falles eine wirklich schwere Strafe zu erwarten ist. In allen anderen Fällen bedarf es bestimmter Tatsachen, aus denen sich der Pluchverdacht ergibt. Für eine gründliche Nachprüfung der Verurteilung des Haftbefehls wird dadurch Sorge getragen, daß der Verhaftete das Recht erhält, seinen Einspruch gegen den Haftbefehl mündlich dem mit seiner Sache betrauten Richter vorzutragen. Nach dem heutigen Recht ist dem Verhafteten nur der schriftliche Beschwerde an die höhere Instanz gegeben. Die Stellung des Beschuldigten im Vorverfahren und im Zwischenverfahren und die Stellung der Verteidiger soll verhältnis, daß der Angeklagte unvorurteilt über wichtigere Sachen in die Hauptverhandlung eintritt. Es wird daher der Staatsanwaltschaft oder dem Untersuchungsrichter zur Pflicht gemacht, dem Beschuldigten alle Belastungsmomente in einer mündlichen Schlussverhandlung vor Augen zu führen. Die Einsicht in die Akten soll dem Verteidiger nicht nur, wie bisher, gestattet werden können, vielmehr wird ihm grundsätzlich das Recht hierzu eingeräumt. Bei der Vernehmung des Beschuldigten im Vorverfahren wird die Zuziehung des Verteidigers gestattet, und bei Verhör von Zeugen und Sachverständigen soll er regelmäßig zugezogen werden.

Die christliche Internationale.

Die christlichen Gewerkschaftsblätter haben in ihren Artikeln zu der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer natürlich nicht unterlassen, sich gegenüber der Sozialdemokratie aufs hohe Ross zu setzen. In den Augen der biederen Christlichen sind die internationalen sozialistischen Veranstaltungen nichts als Gelegenheiten zum Raufen und zum Phrosendreschen, während es im Lager der Christlichen, mögen sie sich nun im nationalen oder im internationalen Rahmen betätigen, allerweil friedfertig hergeht und nichts als praktische und nützliche Arbeit geleistet wird. In Wirklichkeit hat die christliche Konferenz in Zürich einzig dazu gedient, die Zerfahrenheit und Unklarheit der Christlichen aufs neue zu offenbaren: die Berliner lassen wider die M. Glabacher den alten Kampf mit erhöhter Wut aufleben, die Bischöfe jammern über die räubigen Schächchen, die von der Interkonfessionalität angesteckt sind und die also Getadelten geben sich Mühe, zu versichern, daß alles nicht so schlimm gemeint sei. Und was nun gar die „Internationalität“ betrifft, so läßt es aus Holland in teils höhnenden, teils entzweiteten Worten über die deutschen Gewerkschaftsführer, die sich anmaßen, gegenüber anderen Ländern den Schulmeister zu spielen und die katholischen Arbeiter aus der innigen Gemeinschaft mit der Kirche zu lösen.

So sagt das „Katholisch-soziale Wochenblatt“, das Zentralorgan der katholischen Arbeiterbewegung in Holland, zu dem Bericht über die Züricher Verhandlungen: „Nur mit Mühe bezwang ich meinen Widerwillen bis hierher zu berichten, einen Widerwillen, den jeder katholische Holländer vollständig begreifen wird. ... Die Herren Deutschen kennen uns Niederländer sehr schlecht, wenn sie glauben, daß wir auch nur die geringste Neigung haben, uns von Preußen mahregeln zu lassen. Wir werden die Dinge ordnen so, wie wir es für das Beste halten und wir denken nicht daran, bei den Herren Deutschen zu fragen, wie in unserem Lande unser Verhältnis zu unseren Bischöfen sein muß.“

Das Blatt erklärt dann, daß die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und das stets deutlicher zutage tretende Streben nach Interkonfessionalität besorgniserregend sei. Das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat wurde wieder lebendig in dem Prinzip der Trennung von Kirche und Gesellschaft, das zum Ausdruck kommt im Streben nach Trennung von Religion und sozialer Aktion — ein Streben, das die Holländer weder jetzt noch in Zukunft mitmachen würden, da sie sich nicht abdrängen lassen wollten von dem Wege, der zum christlichen Zukunftstaat führe.

Das „liberale“ Reichvereinsgesetz.

Das „liberale“ neue Reichvereinsgesetz unterstellt in Reich i. d. die politischen Vereine noch genau so der polizeilichen Überwachung wie früher. Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Reich i. d. war — trotz Protest — polizeilich überwacht worden, obgleich nur Mitglieder anwesend waren. Also auch äußerlich war die Versammlung eine geschlossene. Auf erhobene Beschwerde entschied das kaiserliche Ministerium, daß nach dem neuen Vereinsgesetz die Überwachung berechtigt war. Der Verein sei so groß, erstrecke sich über den ganzen Staat, die Erwerbung der Mitgliedschaft sei so leicht gemacht — ebenso der Austritt — der Wechsel der Mitglieder ebenfalls groß, so daß die Versammlungen nicht als solche eines abgeschlossenen Kreises betrachtet, vielmehr als öffentliche angesehen werden müßten, die auch polizeilich überwacht werden könnten. Die Auslegung des Vereinsgesetzes durch das reichliche Ministerium entspricht durchaus dem preussischen Polizeigeist.

Um das Koalitionsrecht.

Die sozialdemokratische Faktion des Münchener Gemeindefolleiums hat aus Anlaß der neuerlichen Vorstöße der Augsburger Maschinenfabrik gegen das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter an den Magistrat die Anfrage gestellt, ob er trotz eines Beschlusses des Münchener Gemeindefolleiums die Lieferung für die Sauggasregeneratorenanlage beim neuen Gaswerk Moosach der Firma bereits übertragen hat und ob die Fabrik für diesen Fall den Nachweis erbracht hat, daß ihren Arbeitern und Beamten die volle Koalitionsfreiheit gesichert ist.

Weil er den Waldachin nicht tragen wollte.

Ein Arbeiter in einem Dorfe Mittelfrankens erhielt folgendes Schreiben:

Sie haben am letzten Donnerstag (Freitag) den Waldachin nicht getragen, trotzdem Ihr Name rechtzeitig von der Kanzel verlesen wurde. Hier gebe ich Ihnen den Beschluß der Kirchen- und Gemeindeverwaltung vom 21. Mai 1903 bekannt: „Es wird einstimmig beschlossen, daß die künftig verheirateten 12 Ehemänner, jedesmal je 4, bei einer Prozession den Waldachin tragen, und wird die Verurteilung von der Kanzel aus als genügende Bekanntgabe erklärt. Wer ohne Grund sich weigert oder nicht erscheint, hat 2 M. an die Kirchenschatzung zu bezahlen, welche einen Stellvertreter besorgen wird.“ Erwarte, daß Sie in Wälden den Betrag von 2 M. erlegen.

Kath. Pfarramt Theisenberg, Leuzfeld, Pfarrer.

Dieser kirchliche Strafbefehl erging am 20. Juni. Der Arbeiter hatte aber keine Lust, die 2 M. in die Kirchenschatzung zu zahlen. Er wartet noch jeden Tag auf den Gerichtsvollzieher.

Eulenburg hat Glück.

Der bekannte Hauptbelastungszeuge im Prozeß Eulenburg, der Fischereimeister Ernst in Staroberg, ist nach der „Deutschen Zeitung“ infolge der Aufregungen, die ihm der Prozeß bereitet, vom Verfolgungswahnsinn befallen worden. Jede Aussicht auf eine Wiedergewinnung des bebauerten Mannes sei ausgeschlossen. Ernst ist nach der Ueberzeugung der Ärzte unheilbar wahnsinnig und kann demnach für einen nochmaligen Eulenburg-Prozeß nicht mehr in Betracht kommen.

Oesterreich.

Prozentanbinismus.

Die bürgerlich-schweizerischen Stadivater Prags haben eine große Kähnenlieferung für eine einzurichtende Wasserleitung einer französischen Firma übertragen — angeblich im nationalen Interesse, da das österreichische Eisenkartell, der einzige in Betracht kommende Konkurrent, germanisierende Tendenzen verfolgte. Jetzt aber erhebt der Direktor der Eisenindustrie-Gesellschaft Kestranek öffentlich die Beschuldigung, daß die Gemeindeverwaltung die Kähnen an die französische Firma vergeben habe, nachdem er die Unterhändler, welche für Mitglieder der Gemeindeverwaltung Bestechungsgelder verlangt hatten, abgewiesen hatte. Seine Vorwürfe erzeugen um so größeres Aufsehen, als er vor Gericht gestellt zu werden wünscht.

Der jungtschechische Abgeordnete und Prager Stadtvorordnete Karl Czernohorsky und sein Bruder der Großhändler sind, sollen die fraglichen Unterhändler bei Direktor Kestranek gewesen sein. Karl Czernohorsky legte sein Mandat nieder und verließ Prag, wohin ist unbekannt. Ein Vertreter der Prager Stadtgemeinde und der Wasserwerke wird gegen den Generaldirektor Kestranek die Klage beim Prager Strafgericht einbringen.

Rußland.

Wie die Regierung die Hungersnot bekämpft.

Während die Rot in den von der „Mikerte“ betroffenen Gouvernements täglich zunimmt, kämpft die Regierung — gegen die öffentlichen Institutionen, die den Hungersnden Hilfe bringen. Wie aus Moskau berichtet wird, ordnete das Ministerium des Innern an, daß das durch seine fruchtbringende Tätigkeit rühmlichst bekannte „Hilfskomitee für Notleidende an der Pirogowischen medizinischen Gesellschaft“ unverzüglich aufgelöst werde.

Offizielle Daten über die „Katorga“.

Einem Mitarbeiter der „Nischa“ ist es gelungen, offizielle Daten über die Zahl der zur „Katorga“ verurteilten Personen zu erlangen, die von der Regierung aus begründlichen Gründen nicht publiziert werden. Diese Daten sprechen im Verein mit der Statistik der Hinrichtungen eine erschütternde Sprache.

Als die sibirische Hälfte der Insel Sachalin nach dem russisch-japanischen Kriege den Japanern abgetreten wurde, konnte die Insel nicht mehr als Kufenshaltdort für die zur Katorga verurteilten Personen dienen. Seitdem stieg ihre Zahl von 2500 auf 12000, für die aber bloß 8993 Plätze in den Zuchthäusern Sibiriens vorhanden sind, ungenügend die 1000 Ströflinge, die beim Bau der Amur-Landstraße verwendet werden. Die Eröffnung neuer spezieller Gefängnisse konnte diesem „Raummangel“ nicht abhelfen. Wieder konnte die Schlüsselburger Festung, die abermals erschlossen wurde, noch konnten die zwei neuen Baracken in Nerzhinsk und die in ein Zuchthaus verwandelte Steuermannschule in Nikolajew einen beträchtlichen Teil der Gefangenen fassen. Gegenwärtig befinden sich etwa 8000 Gefangene in den gewöhnlichen Gefängnissen, die wegen Mangel an Raum nicht nach der Katorga übergeführt werden können.

Hierzu kommt noch, daß nach den Angaben der Hauptgefängnisverwaltung jede Woche 250—300 Personen zur Katorga verurteilt werden. Die Gouverneure sind angewiesen worden, nicht darauf zu bestehen, daß die zur Katorga Verurteilten nach ihrem Bestimmungsort abgeführt werden.

Marokko.

Abdul Afis resigniert nicht.

Aus französischer Quelle kommen Meldungen, wonach Abdul Afis den Kampf noch nicht aufgibt, sondern sein Glück noch einmal versuchen will. Auch von einem Siege einer afrikanischen Mahalla wissen die französischen Telegramme zu erzählen. Aus Marrakesch wird vom 24. August gemeldet, daß Mluga bei Deredeh die Mahalla Jreanis geschlagen habe, die vierzig tote hatte. Mluga bombardierte dann das zwanzig Kilometer von Marrakesch entfernte Agadiri. Jreanis hat dringend um Verstärkung, was in Marrakesch große Bewegung hervorrief, zumal als Mluga einen Brief sandte mit der Aufforderung an Glawi, Abdul Afis zu proklamieren und seine Mahalla einzuziehen zu lassen, um eine Befreiung der Stadt zu vermeiden. Auf den Brief wurde keine Antwort erteilt, aber alle Truppen sind außerhalb der Stadt. Die Stadttore sind geschlossen. Rehamna ist zur Verstärkung Jreanis abgezogen.

Mulay Hasid und die Agceirabakte.

Der Pariser „Eclair“ meldet aus Tanger, gerüchweise verlautete, Mulay Hasid beabsichtige, alle Notabeln des Landes zu einer Versammlung einzuberufen, in welcher er die Frage stellen will, ob er die Akte von Agceirab anerkennt oder die Einberufung einer neuen Konferenz bei den Mächten beantragen solle; ferner ob er die mit den Mächten abgeschlossenen Verträge, Anleihen und sonstigen Verpflichtungen übernehmen müsse.

Persien.

Die Lage in Tabriz.

Die Londoner „Times“ melden aus Tabriz, daß der Ausgang der dortigen revolutionären Bewegung allem Anscheine nach für das Schicksal ganz Persiens entscheidend sein werde. Der oppositionelle politische Klub mit Sata Khan, als militärischen Diktator, beherrschte die Stadt und halte völlige Ordnung aufrecht. Der politische Klub teilte den fremden Konsuln mit, er werde bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments die regierende Behörde der Provinz Asserbedian bleiben. Die Verhandlungen mit Amed Daulsch, der die Stadt im Namen des Schahs zum Gehorsam zurückzuführen will, sind unterbrochen. Amed Daulsch benachrichtigt den russischen Konsul, er wolle die Stadt mit den 12 Geschützen, die ihm zur Verfügung stehen, beschließen, und forderte die Europäer auf, vor Beginn der Feindseligkeiten abzuziehen. Sata Khan verfügt zur Verteidigung der Stadt über 5000 wehrfähige Männer, darunter kaukasische Mohammedaner aus Kasch. ferner über fünf brauchbare Geschütze.

Welcher Seite der Sieg zufallen würde, wenn es schließlich zum Kampfe kommt, ist unsicher, jedenfalls haben die Revolutionäre in Folge der türkischen Ereignisse neuen Mut gewonnen.

Aus Industrie und Handel.

Zur Geschäftslage in der Maschinenindustrie.

Das seit Jahresfrist auch im Maschinengewerbe die Arbeitslosigkeit wesentlich nachgelassen hat, ist an nichts so deutlich zu merken wie an der starken Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Der Andrang von Arbeitsuchenden ist nur noch im Papiergewerbe gleich hoch. Weber in der Metallverarbeitung noch im Textil- noch im Baugewerbe ist der Andrang annähernd so stark. Im Juli z. B. meldeten sich in der Maschinenindustrie auf 100 offene Stellen 307,87 Arbeitsuchende gegen 136,23 im Juli des vorigen Jahres. Die Situation hat sich also innerhalb eines Jahres ganz auffällig verschlechtert. Von Januar ab läßt sich die Verschlechterung deutlich verfolgen. So ungünstig, wie sich der Arbeitsmarkt präsentiert, stellt sich nun allerdings der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie nicht. Man muß vielmehr annehmen, daß das überaus hohe Angebot von Arbeitskräften zu einem Teil auch daher rührt, daß zahlreiche Arbeitsuchende aus den Gewerben der Metallverarbeitung sich um Stellung in Betrieben der Maschinenindustrie bemühen. Es findet eine Art Abwanderung Arbeitsuchender aus der Metallverarbeitung in die Maschinenindustrie statt. Verhättnismäßig man diese außerordentliche Vermehrung Arbeitsuchender in der Maschinenindustrie, so wird man annehmen dürfen, daß der Beschäftigungsgrad sich zwar erheblich, aber doch lange nicht so sehr verschlechtert hat, wie es nach der Lage des Arbeitsmarktes erscheint. Wie stark die Arbeitslosigkeit nachgelassen hat, das ist für die Gesamtheit der Betriebe nicht zu sagen. Wohl aber kann man behaupten, daß die Nachfrage und die Bestellungen auf dem Inlandsmarkte beträchtlich abgenommen haben, so beträchtlich, daß die Steigerung des Exports den Ausfall aus dem Inlandsgeschäft nicht erseht ersetzen kann. Auch im Rückgang der Maschineneinfuhr spiegelt sich die Schwäche des inländischen Absatzes. Sie ging während der ersten sieben Monate von 638 000 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 688 489 im laufenden Jahre herab. Die Einfuhr hat demnach um 40 614 oder um 7,7 Proz. abgenommen. Die Verminderung des Absatzes von Maschinen ist ja ohne weiteres durch die geringere gewerbliche Unternehmungslust seit Eintritt der wirtschaftlichen Depression bedingt. Es werden weniger Betriebe neu etabliert und es werden bestehende Betriebe weniger vergrößert und in den bestehenden Betrieben werden die alten Maschinen weniger häufig durch neue ersetzt. All das muß zu einer Verminderung der Aufträge für die Gesamtheit der Maschinenfabriken führen. Für die einzelnen Branchen freilich liegen die Verhältnisse verschieden. Die Ausfälle im Inlandsgeschäft werden durch eine forzierte Ausfuhr abgemildert. Wie sehr man bei der geschwächten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes vermuten sollte, ist es der deutschen Maschinenindustrie im laufenden Jahre gelungen, die Ausfuhr wenigstens quantitativ zu steigern. Insgesamt stieg die deutsche Ausfuhr von Maschinen von 2 674 326 Doppelzentnern während der ersten sieben Monate 1907 auf 2 839 572 in der nämlichen Zeit des laufenden Jahres. Die Ausfuhr hat demnach um 265 048 Doppelzentner oder um mehr als 10 Proz. zugenommen. Die Ausfuhr ist ganz hervorragend stark bei Dampflokomotiven und Dampfmaschinen sowie bei Maschinen für die Metallindustrie gestiegen, während Textilmaschinen, die wichtigste Gruppe der deutschen Maschinenausfuhr, weniger ausgeführt wurden als 1907. Bei den der Menge nach wichtigsten Gruppen stellte sich die Maschinenausfuhr in den ersten sieben Monaten dieses und des vorigen Jahres, in Doppelzentnern, wie folgt:

	1907	1908
Lokomotiven	189 920	271 509
Dampfmaschinen	208 328	288 506
Maschinen für die Landwirtschaft	106 418	119 140
den Bergbau	75 873	71 084
die Eisenindustrie	252 892	283 215
die Textilindustrie	359 444	354 188
die Holzindustrie	51 214	56 752
die Nahrungsmittelindustrie	140 988	151 254

Lokomotiven wurden um zirka 60 Proz., Dampfmaschinen um zirka 40 Proz., Maschinen für die Eisenindustrie um zirka 11 Proz., für die Landwirtschaft endlich um zirka 13 Proz. mehr ausgeführt als 1907. Der Rückgang des Exports von Maschinen für Bergbau und Textilgewerbe ist im Vergleich zu diesen Zunahmen nicht bedeutend. Von anderen Gruppen der Maschinenausfuhr haben dann noch Maschinen für die Papierindustrie, für die Leder- und Schuhindustrie eine Steigerung der Ausfuhr zu verzeichnen, während die Ausfuhr von Maschinen für das graphische Gewerbe und für die Industrie der Steine und Erden eine Abnahme erfahren hat.

Krise und kaufmännisches Proletariat.

Wie schwer die Geißel der Krise auch auf das kaufmännische Proletariat niederschlägt, läßt nachdrückende Notiz des „Leipziger Tageblattes“ (Vorgenausgabe vom 20. August) erkennen: Schreibstube. Die Querstraße 21 (Tel. 1591) befindliche Schreibstube des Vereins für innere Mission hat jetzt große Not, die zahlreich sich meldenden stellenlosen Kaufleute, Bureaubeamte usw. zu beschäftigen. Wer dazu helfen will, diese Arbeitslosen zu unterstützen, wende dem Institut gütigst Aufträge aller Art (Abessen, Abschriften, Verbriefhaltungen) zu. Seit längerer Zeit hat die Schreibstube auch Schreibmaschinen in Betrieb.

In der bürgerlichen Presse aber wird die Existenz der Krise gewöhnlich geleugnet, und jeder brave Speicher behauptet wer sich ernstlich um Arbeit bemühe, finde auch welche.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In die Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend!

Der im Jahre 1905 abgeschlossene Tarif für das Rohrlegergewerbe Berlins und Umgegend ist zum 1. September dieses Jahres abgelaufen. Durch die im Jahre 1906 gegründete Sonderorganisation der Rohrleger und Selter, genannt der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband, hatte sich ein Teil der Kollegen dazu verfahren lassen, aus ihrer bisherigen Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiterverband, auszutreten. Eine Anzahl dieser Kollegen hat aber im letzten Jahre ihren damaligen Fehler bereut und ist zu der eigentlichen Organisation zurückgekehrt. Trotzdem hat der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband (dessen Vorsitzender der frühere zweite Bevollmächtigte Wiefenthal von der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist) noch einen Anhang unter den Berliner Rohrlegern und Selter.

Der Arbeitgeberverband im Rohrlegergewerbe hat nun die für ihn günstigen Verhältnisse, welche durch diese Zersplitterung unter den Rohrlegern und Selter entstanden sind, dazu benutzt, die bestehenden Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Als die Vertreter der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Selter ver-

geblich verübt hatten, die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für eine Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen, machte sie im Interesse des Friedens den Vorschlag, daß die Arbeitgeber ihre Tarifkündigung zurückziehen, damit der gegenwärtige Tarif bis zum 1. September 1909 weiter besteht. Die Vertreter der Arbeitgeber wollten erst mit ihren Auftraggebern Rücksprache nehmen. Das Resultat dieser Rücksprache war, daß die Arbeitgeber den Vertretern der Arbeitnehmer einen Tarif zur Anerkennung unterbreiteten, welcher eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft bedeutete. Keinen Pfennig Lohnerhöhung; der Lohn und die Arbeitszeit für auswärtige Arbeiten sollten der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern überlassen bleiben. (Siehe den heutigen Versammlungsbericht.) Alle Versuche, die Unternehmer zur Zurücknahme dieses „Tarifs“ zu bewegen, waren vergeblich. Man war sich darüber in Arbeitnehmerkreisen klar, daß dieser Tarif unmöglich von den Kollegen angenommen werden konnte. Doch nun geschah das Unerwartete. Die Vertreter vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, in erster Linie deren Vorsitzender Wiesenthal, erklärten sich bereit, diesen Tarif der Arbeitgeber den Rohrliegern und Helfern, welche ihrem Verband angehören, zur Annahme zu empfehlen. Während nun eine Versammlung, welche von dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Kupferschmiede und dem Zentralverband der Schmiede einberufen war, mit 701 gegen 107 Stimmen beschloß, angesichts der Haltung der Unternehmer die Arbeit am 1. September niederzulegen und dadurch die Arbeitgeber zu veranlassen, den Kollegen mehr entgegenzukommen, beschloß eine Versammlung der Rohrlieger und Helfer vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, die Vorlage der Arbeitgeber anzunehmen, und zwar auf Vorschlag von Herrn Wiesenthal. So ist es Tatsache, daß ein Teil von den Berufskollegen streifen, ein anderer Teil als Unternehmertruppe sich betätigen wird. Dieselben Leute, allen voran Herr Wiesenthal, welche dem Deutschen Metallarbeiterverband Angst und Furcht vor dem Unternehmertum vorgeworfen haben, zeigen jetzt, daß sie, nur um Gnade vor den Augen der Unternehmer zu finden, jedem Anerbieten derselben zustimmen, gleichviel ob es eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft bedeutet oder nicht. Ohne einen Widerstand zu versuchen, ohne daran zu denken, daß Bestehende zu verteidigen, sind Wiesenthal und Genossen über den Stod gesprungen, den ihnen die Unternehmer hingehalten haben. Ob alle Mitglieder dieses Verbandes diesen Verrat mitmachen werden, wissen wir nicht. Das wird sich erst in den nächsten Tagen herausstellen. Sollte dies der Fall sein, dann war alles Gerede dieser Leute eitel Heuchelei. Dann ist es bewiesen, daß ihre Behauptungen, sie wären radikaler und viel kampfesfreudiger als die Mitglieder der Zentralorganisationen, nichts als Lug und Trug gewesen ist.

Die Rohrlieger und Helfer, welche gezwungen durch die Haltung der Arbeitgeber, den Kampf aufnehmen müssen, werden ihre Stellung verteidigen, trotz des Verrates seitens der eigenen Arbeitsgenossen und trotz des Uebermutes der Unternehmer.

Alle organisierten Arbeiter werden ersucht, die um ihr Recht kämpfenden Rohrlieger und Helfer zu unterstützen, indem sie die Aufklärung über die Ursachen und die Berechtigung dieses Streites in die weitesten Kreise zu tragen.

Den in der Provinz wohnenden Kollegen geben wir hiermit bekannt, daß Berlin für Heizungsmonitore, Rohrlieger und Helfer gesperrt ist.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden hiermit um Nachdruck ersucht.

Deutscher Metallarbeiterverband,
Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Kupferschmiede,
Filiale Berlin.

Zentralverband der Schmiede,
Filiale Berlin.

Achtung, Rohrlieger und Helfer!

Die unterzeichneten Gewerkschaften machen darauf aufmerksam, daß diejenigen Rohrlieger und Helfer, welche bei Firmen arbeiten, die den neuen Tarif anerkannt haben, eine Berechtigungskarte (rote Farbe) erhalten.

Diese Karten sind nur dann gültig, wenn dieselben mit dem Stempel von einer der unterzeichneten Organisationen versehen sind. Die Karten können in den Büros der unterzeichneten Verbände abgeholt werden.

Die Kollegen aus dem Baubereich werden ersucht, uns darin zu unterstützen und die arbeitenden Rohrlieger (Monteure) und Helfer auf diese Bestimmung aufmerksam zu machen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin.

Verband der Schmiede, Filiale Berlin.

Der Streik der Rohrlieger und Helfer erklärt.

Zwei Versammlungen der Rohrlieger und Helfer Berlins und Umgebung fanden am Sonntag vormittags statt, eine große im Saale der Brauerei Friedrichshain, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband, vom Verband der Kupferschmiede und vom Verband der Schmiede. Die andere fand bei Keller in der Kopenstraße statt, einberufen von Karl Wiesenthal. Die Rohrlieger und Helfer Berlins standen vor der Entscheidung, am 1. September die Arbeit niederzulegen oder sich weh, und demütig den Geboten der Unternehmer zu unterwerfen und ihren Tarifentwurf anzunehmen. Otto Hande referierte vor der stark besuchten Versammlung in der Brauerei Friedrichshain. Die Tagesordnung lautete: „Die Antwort der Arbeitgeber auf unseren Vorschlag und unsere Stellungnahme.“ Hande schilderte die gegenwärtige Situation: Am letzten Freitag begannen die Verhandlungen vor der Schlichtungskommission. Eigentümlich berührte es, daß vor Beginn der Sitzung den Vertretern der Arbeitnehmer erklärt wurde, daß die Arbeitgeber noch mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband verhandeln. Man gebuldete sich und war nicht besonders überrascht, als der Obmann der Arbeitgeber bekannt gab, daß diese den Vermittlungsvorschlag, die Kündigung zurückzunehmen, abgelehnt haben. Dagegen legten sie nun selbst einen Tarifentwurf vor, der aber dem Entwurf, der schon vor vier Wochen bekanntgegeben wurde, fast durchaus gleich. Nach der Resolution der Versammlung vom 24. August mußten die Vertreter der Arbeitnehmer erklären, daß auf Grund dieses Tarifentwurfs weitere Verhandlungen unmöglich seien. Von seiten der Unternehmer wurde auf die große Verantwortung hingewiesen, welche die Vertreter der Arbeiter auf sich laden, wenn sie nicht auf die Vorschläge der Unternehmer eingehen. Man war sich dieser Verantwortung wohl bewußt, konnte aber nicht anders handeln, denn die Arbeiter haben es unabweislich ausgesprochen, daß sie nicht eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen dulden würden. — Der Redner beleuchtete eine

Reihe von Bestimmungen in dem Tarif, wie ihn die Unternehmer wünschen; er zeigte, wie das Bestreben darauf gerichtet ist, die bisher geltenden Bedingungen herabzudrücken. Von einer Erhöhung des Stundenlohnes, ein Zugeständnis, das der Allgemeine Metallarbeiterverband schon in der Tasche haben wollte, ist keine Rede.

Im § 6 des von den Arbeitgebern vorgelegten Tarifs heißt es allerdings: Der Stundenlohn beträgt auf Bauten, wenn der Arbeitnehmer zu Beginn der Arbeitszeit auf dem Bau antritt, für selbständig arbeitende Rohrlieger 67½ Pf., für Helfer nicht unter 50 Pf.

Aber im § 9 der Tarifvorlage der Arbeitgeber heißt es: Der Stundenlohn ist um 2½ Pf. niedriger, wenn die Arbeitszeit in der Werkstatt angetreten wird (z. B. bei Reparaturen) der Gang oder die Fahrt nach der Arbeitsstelle in der bezahlten Arbeitszeit zurückgelegt wird.

Also hierdurch ist doch bewiesen, daß eine Verbesserung des Stundenlohnes gar nicht gegeben ist, sondern der Stundenlohn ist derselbe wie bisher.

Dagegen soll die Gültigkeit des Lohns beschränkt werden, es sollen Hilfsmonitore, außer den Junggefelln, geschaffen werden, welche 10 Pf. bzw. 5 Pf. pro Stunde weniger erhalten, als wie der Rohrlieger und Monteur. Also dieselben sollen als Konkurrenten gegen ihre Arbeitsgenossen gebraucht werden. Ferner soll nach § 55 der Tarifvorlage der Arbeitgeber der Stundenlohn für auswärtige Arbeiten der „freien Vereinbarung“ unterliegen. Das heißt: Bei auswärtigen Arbeiten ist der bisherige Stundenlohn für die Monteure nicht mehr garantiert.

Die Tarifdauer ist bis zum 1. April 1910 festgesetzt, obgleich gerade gegen diesen Termin ein energische Opposition von seiten der Arbeiter erhoben wurde.

Mit allgemeiner großer Entrüstung der Versammelten wurde die Mitteilung von Hande entgegengenommen, daß der Allgemeine Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern die Annahme dieses Tarifs empfehlen wolle, abzuschließen auf 1½ Jahr und ohne Lohnerhöhung. Hande las die Resolution der Vertrauensmännerführung für den Allgemeinen Verband vor, die zu derselben Zeit bei Keller in der Kopenstraße zur Beratung stand. Die Resolution lautet:

„Die Vertrauensmännerführung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem schändlichen Treiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes, da nur durch dessen Vorschläge in der letzten Sitzung betreffs Aufrechterhaltung des alten Tarifs es möglich war, daß die Unternehmer die uns zugestandenen 2½ Pf. Lohnzulage nicht bewilligten. Sie empfiehlt daher der Branchenversammlung bei Keller am 30. August 1908, den von der Schlichtungskommission unter diesen ungünstigen Umständen zustande gebrachten Lohns anzunehmen. Sie verpflichtet sich ferner, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft nur noch der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband für die Rohrlieger und Helfer in Betracht kommt, daß deshalb jeder einzelne es für seine vornehmste Pflicht hält, dafür zu sorgen, daß alle Rohrlieger und Helfer im Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, um nach dem Ablauf dieses Tarifes im Jahre 1910 in der Lage zu sein, diese Scharte auszuweihen.“

Als in der Schlichtungskommission den Arbeitnehmern bekannt wurde, daß Wiesenthal und Genossen auf die Vorschläge der Unternehmer eingehen wollten, konnten sie es zuerst nicht glauben. Wiederholt versicherten die Arbeitgeber, daß die Sache ihre Wichtigkeit habe und am Sonntag morgen konnte man in der „Volkzeitung“ die oben wiedergegebene Resolution finden.

Von den Mitgliedern im Allgemeinen Metallarbeiterverband erwartet man trotz alledem, daß sie ihren Führern nicht weiter folgen werden. Die drei Verbände, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Verband der Kupferschmiede und der Verband der Schmiede, haben ein Flugblatt herausgegeben, welches den Besuchern der Versammlung bei Keller eingehändigelt worden ist. Der Stand der Dinge wird darin ausführlich geschildert und am Schluß wird der folgende Appell an die Mitarbeiter gerichtet:

„Kollegen! Wenn Ihr heute entscheiden sollt, ob dieser Tarif angenommen oder abgelehnt werden soll, denn bedenkt, daß die Interessen Eurer gesamten Berufscollegen auf dem Spiele stehen.

Und wenn Ihr dann erfahren solltet, daß die Kollegen, welche Euren Verband nicht angehören, wegen der Abwehr dieser Verschlechterung, gezwungen durch die Haltung der Arbeitgeber, die Arbeit niederlegen, dann erwarten wir von Euch, daß Ihr Euch Mann für Mann den streikenden Kollegen anschließt, und die Solidarität in jeder Weise und zu jeder Zeit betätigen werdet.“

Hande erklärte, man müsse den Kampf nach zwei Fronten führen. Einmal gilt es den Unternehmern, die erklären, daß sie für den Kampf gerüstet seien, gegenüberzutreten, und dann gilt es, volle Aufmerksamkeit auf die Haltung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes zu richten; ferner kommen vielleicht die Gewerksvereine, die Christlichen und die Unorganisierten als Gegner in Betracht. Von Feinden umgeben, kann es hier trotzdem keine andere Parole geben, als die: mannhaft Widerstand zu leisten.

Vor Beginn der Versammlung hatte die Kommission eine Sitzung mit den Vertrauensmännern, deren Refusit war, der Versammlung zu empfehlen, die Tarifvorlage der Arbeitgeber abzulehnen und am Dienstag, den 1. September, die Arbeit gemeinsam niederzulegen. Mit Weisfall wurde dieser Beschluß entgegengenommen.

In der Diskussion erhob sich keine Stimme dagegen, wohl aber wurde von vielen Seiten die Notwendigkeit betont, den Unternehmern eine starke, geschlossene Front zu zeigen. Die Behauptung der Unternehmer, daß sie 2400 Rohrlieger hinter sich haben, sei eine plumpe Täuschung. Scharfe Verurteilung fand Wiesenthals Haltung, der sich nicht scheue, den Streikbruch zu empfehlen. Daß die Mitglieder der Allgemeinen Verbandes so weit sich vergessen würden, offenen Verrat zu begehen, das könne und wolle man nicht glauben, bis man Beweise dafür habe.

Eine geheime Abstimmung wurde vorgenommen, und es ergab sich, daß von 818 abgegebenen Stimmen 701 für und 107 gegen den Streik sich erklärten. 8 Stimmen waren ungültig. Vor der Abstimmung traf man Sorge, daß nur Rohrlieger und Helfer sich beteiligten und es ergab sich, daß nur etwa 20 Personen nicht Berufsangehörige waren, die sich natürlich der Stimme enthielten. Im Saale waren die Arbeiter von 152 Firmen vertreten, das ist die große Mehrzahl der Berliner Unternehmer.

Am Dienstag morgen haben alle Rohrlieger und Helfer die Arbeit niederzulegen, auch da, wo die Forderungen bewilligt sind. Es ist dies notwendig, um die Situation klar zu übersehen. Wo der Tarif der Arbeiter durch Unterschrift anerkannt ist, da kann am Dienstag mittig die Arbeit wieder aufgenommen werden. Am Dienstag morgen um 10 Uhr versammelten sich alle Rohrlieger und Helfer im großen Saale des Gewerkschaftshauses, wo nähere Besprechungen erfolgen werden.

Die Polizei hatte Wind bekommen, daß ein Streik erklärt werden sollte und sie hielt ein zahlreiches Erscheinen für dringend notwendig, allerdings in aller Stille und Heimlichkeit. Der Vorsitzende teilte am Schluß der Versammlung mit, daß etwa 20 Schüler anwesend seien, obgleich sie niemand sehen könne. Früher sah man gewöhnlich zwei Beamte zur Ueberwachung auf dem Podium vertreten, diesmal hatten sich etwa 20 Beamte unter dem Podium verborgen, natürlich ganz überflüssigerweise.

In der Versammlung bei Keller wurden die Vorschläge der Unternehmer angenommen.

Achtung, Metallarbeiter! Die Firma Galewski, Mariannenstraße 31/32, ist für Metallarbeiter gesperrt.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Zur Lohnbewegung der Speditionsarbeiter.

Die Kollutischer, Bodenarbeiter, Begleiter usw. waren am Sonntag in Kellers Festsaal versammelt, um den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen. Dem Bericht, welchen der Bezirksleiter A. Werner gab, war zu entnehmen, daß am Donnerstag,

den 27. August, noch einmal eine Verhandlung mit den Speditionen stattgefunden hat. Für die Vertreter der Arbeitnehmer handelte es sich hauptsächlich darum, auch für die älteren Kollutischer und Bodenarbeiter eine Lohnerhöhung zu erzielen und weiter dafür einzutreten, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Stalleute und jugendlichen Mitfahrer ebenfalls in den Tarif mit aufgenommen werde. Eine Lohnzulage für die länger im Betrieb Beschäftigten haben die Spediture abgelehnt, jedoch sei es gelungen, eine Regelung für die Stalleute und jugendlichen Mitfahrer zu erlangen. Nach längeren Verhandlungen haben alsdann die Arbeitgeber folgende Zugeständnisse gemacht:

1. Die Stalleute sollen einen Anfangslohn von 24 M. steigend auf 26 M. nach sechsmonatlicher Dienstzeit erhalten.
2. Den jugendlichen Mitfahrern ist ein Minimallohn von 12 M. zu zahlen, mit der Maßgabe, daß eine einmalige Zulage von 1 M. für die Woche nach sechsmonatlicher Dienstzeit gewährt wird, aber nur bis zum Höchstlohn von 15 M. pro Woche.
3. Sich damit einverstanden zu erklären, daß der Vertrag mit Gültigkeit bis zum 1. September 1910 abgeschlossen wird.

Zu Position 1 und 2 ist noch hinzuzufügen, daß überall dort, wo bessere Lohnverhältnisse bestehen, diese durch die bestehenden Bestimmungen unberührt bleiben, sowie das Zugeständnis, daß den gegenwärtig im Dienst stehenden Stalleuten und jugendlichen Mitfahrern ihre bisherige Dienstzeit in Anrechnung gebracht werden soll. Eine Regelung der Dienstzeit hingegen muß jedem einzelnen Betriebe überlassen bleiben.

Der Referent schildert im Anschluß hieran eingehend die Situation und weist darauf hin, daß die Konjunktur keine günstige und die allgemeine wirtschaftliche Lage viel zu wünschen übrig lasse, um es auf einen Kampf ankommen lassen zu können. Auch seien die Zugeständnisse der Spediture vom 20. August sowohl als die jetzt vorgeschlagenen nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Durch die Aufnahme der Stalleute und jugendlichen Mitfahrer in die Tarifgemeinschaft sei eine neue Grundlage geschaffen, auf der alle Beteiligten in Zukunft gemeinsam weiter arbeiten und sich bessere Verhältnisse erringen können. Außerdem sei zu beachten, daß der Ablaufstermin wieder am 1. September zugestanden ist, was auch als Vorteil zu betrachten ist, da die Spediture früher auf den 1. November bestanden. Nach alledem empfehle er, die Zugeständnisse anzunehmen zu wollen.

In der lebhaften Diskussion sprachen sich verschiedene Redner gegen die Annahme der Vorschläge der Spediture aus. Die Ansicht ging dahin, daß die Arbeitgeber erhebliche Zugeständnisse trotz der bestehenden Teuerung nicht gemacht haben; überdies wären sie wohl in der Lage, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen, denn in keinem Beruf wäre die Arbeitszeit so ausgebeutet wie im Speditionsgewerbe.

Obgleich die Versammlung stark besucht war, entsprach die Zahl der Anwesenden doch nicht der der Beschäftigten. Eine statutorische Abstimmung konnte daher, zumal der Saal auch nur bis 6 Uhr zur Verfügung stand, nicht vorgenommen werden. Es wurde daher eine neue Versammlung zu gestern abend nach demselben Lokal einberufen, um endgültig Stellung zu nehmen. Gleichzeitig wurde betont, daß der alte Vertrag auch noch bis zum 31. August läuft, und die Organisation keineswegs sich des Tarifbruchs schuldig machen will.

Deutsches Reich.

Der Vergolderausstand in Magdeburg bei Gruhl u. Co. Nachfolger dauert nun schon neun Wochen und noch ist keine Aussicht auf Beendigung desselben. Der Herrenstand der jetzigen Inhaber läßt es nicht zu, mit ihren Leuten eine Einigung herbeizuführen. Selbst das Einigungsamt lehnt diese Herren ab. In ihrem Verhalten werden die Herren allerdings bestärkt durch eine Sorte Berliner Aufholger, wie der bekannte Robert Kiese aus Weissenfee. In der vergangenen Woche hat sich diesem ein gewisser Wilm. Schröpfer, Berlin, Kronprinzenstr. 4, würdig angeschlossen, und am Sonntag kam der Kollege Otto Günther aus Berlin zugereist auf Verschreibung des Kiese. Günther zog es allerdings vor, nach Aufklärung der Sache zurückzufahren. Die einzige Hoffnung der Inhaber ist Berlin und leider scheint es, als wenn die Herren nicht betrogen werden sollen.

Norland.

Auf dem Wege zum Achtstundentag in Norwegen.

Das Sozialkomitee des norwegischen Storting hat kürzlich das Ergebnis seiner Untersuchungen über die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages veröffentlicht. Besonders bemerkenswert sind die Gutachten, die das Komitee über die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitsleistung von Schiffsbauern erhalten hat. Von der Leitung der norwegischen Staatsbahnenwerkstätten liegt eine Erklärung vor, die besagt, daß jetzt in 53 Stunden Arbeitszeit wöchentlich ungefähr ebensoviel produziert wird, wie früher in 60 Stunden. Die Arbeitszeitverkürzung um über eine Stunde den Tag hat die Produktion nicht vermindert. Ferner wird berichtet, daß in anderen Betriebszweigen, wo in Accord gearbeitet wird, festgestellt wurde,

„daß der Unterschied zwischen dem Arbeitsverdienst dorer, die 8 Stunden und dorer, die 10 Stunden täglich arbeiten, verschwindend gering ist. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die beim Negebau Sandoal-Kamat gemachten Erfahrungen, wo die Arbeiter, nachdem sie den Achtstundentag ein halbes Jahr lang ausprobiert hatten, erklärten, daß sie diese Arbeitszeit beibehalten wollten, weil sie herausgefunden hatten, daß sie nun dieselbe Menge Arbeit in 8, wie sonst in 10 Stunden leisten können.“

Vom Bergwerksdirektor in Trondheim wird erklärt, daß nicht allein ebensoviel Arbeit in 53, wie früher in 60 Stunden geleistet wird, sondern daß es auch als ganz empfehlenswert anzusehen ist, die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden herabzusetzen.“

Die Mehrheit des Sozialkomitees, die aus Liberalen und Sozialdemokraten besteht, schlägt nun die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages von 9 und von 8 Stunden vor. Die konservative Komitteesmehrheit ist zwar im allgemeinen gegen einen gesetzlich beschränkten Arbeitstag, schließt sich jedoch dem Vorschlage an.

„daß die Arbeitszeit in Betrieben oder Teilen von Betrieben, wo besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorhanden sind, oder wo leicht eine Ueberanstrengung eintreten kann, auf 8 Stunden den Tag beschränkt wird. Ebenso ist die Minderheit damit einverstanden, daß die Arbeitszeit in solchen Betrieben, die im hohen Grade gesundheitsgefährlich sind, noch weiter eingeschränkt werden kann.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berunglückter Schichtenbummer.

Weissenfels, 31. August. (V. S.) Heute früh gegen 10 Uhr wurde zwischen Obergreisau und Krittitz im Wandbergelände des Artillerieregiments Nr. 40 der 19jährige Kürschner Emil Rosenthal aus Weissenfels, der sich zu weit herangedrängt hatte, beim Versuch, sich infolge eines plötzlichen Marschbefehls in Sicherheit zu bringen, von einem Verschüt totesfahren.

Ausstandsbeendigung.

St. Gallen, 31. August. (V. S.) Durch Vermittelung der Regierung wurde der 26 Wochen lang dauernde Konflikt zwischen der Stiderei-firma Arbon und ihrer Arbeiterschaft durch gegenseitige Konzessionen beigelegt. 800 Arbeiter waren ausgeschlossen. Dieselben wurden heute wieder aufgenommen.

Sozialdemokratischer Parteitag für Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck.

Kiel, 30. August.

Im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses wurde am Sonntagvormittag der Parteitag eröffnet. Anwesend sind 106 Teilnehmer, darunter die Reichstagsabgeordneten Legien, Frohne und Kollenbühr, lehrter in der Funktion des Parteivorstandes, und als Vertreter der dänischen Sozialdemokratie Redakteur Sundbo, Ebb., der in einer trefflichen Begrüßungsrede auf die hohen Kulturaufgaben der Sozialdemokratie aller Länder hinweist und hervorhebt, daß der internationale Sozialismus mit der Forderung einer neuen kollektiven Gesellschaft das einzig mögliche Mittel gegen die Verheerungen des Kapitalismus bilde. Von stürmischem Beifall begrüßt führt Kollenbühr u. a. aus, wenn der Parteivorstand in den letzten Jahren sich auf den Parteitag dieser Provinz nicht habe vertreten lassen, so deshalb nicht, weil die nordischen Genossen, deren Landmann zu sein er die Ehre habe, stets nach besten Kräften ihre Schuldigkeit getan hätten. Jetzt lasse der Parteivorstand sich wieder vertreten, um in Anbetracht der wirtschaftlichen Depression, die der „agrarische“ Reichsländer für besonders geeignet halte, dem Volke neue ungeheure Steuerlasten aufzubürden, mit Nachdruck zu betonen, daß wir intensive Aufklärungsarbeit zu betreiben haben. Wir müssen auch die Leute zu und herüberziehen, die, angeleitet von dem Treiben der „entschieden“ Liberalen, politisch gesplittet sind. Tun wir unsere volle Schuldigkeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. (Lebhafte Beifall.)

Die Tagesordnung trägt einen mehr geschäftlichen Charakter. Das Referat über „Die wichtigsten politischen Tagesfragen“ hat Genosse Frohne übernommen.

Der Geschäftsbericht erstattet Parteisekretär Partels. Die Demonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht haben in der Provinz große Massen der Bevölkerung aufgerüttelt. Nur der größte Ort der Provinz, Kiel, glaubte am 18. März nicht mitmachen zu sollen. Vielleicht werden die Vertreter Kiels die Gründe für diese Abstinenz angeben. Bei der Landtagswahl hat sich ein frischer Zug bemerkbar gemacht, indem von 19 Kreisen sich 18 mit eigenen Wahlmannskandidaten beteiligten. Von den aufgestellten 2465 Kandidaten wurden 943 gewählt, und in Kiel, Altona und Stormarn gelangten unsere Abgeordneten kandidaten in Stichwahl. Infolge der wirtschaftlichen Krise ist der Mitgliederzuwachs, etwa 2000, nicht so stark gewesen wie in früheren Jahren. Zurzeit haben wir im Agitationsbezirk 35 000 Organisierte, welche Zahl aber in großem Mißverhältnis steht zu der großen Zahl der gewerkschaftlich Organisierten. An Agitations- und Aufklärungsarbeit ist sehr viel geleistet worden. Zur Verbreitung gelangten 1 271 900 Flugblätter, 125 430 deutsche und 10 000 dänische Kalender, 21 180 Broschüren und über 42 000 andere Druckschriften. Die Leserschaft des „Hamburger Echo“ ist in unserem Bezirk um etwa 700 gestiegen, dagegen hat das Kieler Organ einen kleinen Rückgang zu verzeichnen, weil gerade im Kieler Bezirk ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse bestehen. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wird im Bezirk in beinahe 22 000 Exemplaren gelesen, das „Hamburger Echo“ in 14 000, der „Lübecker Volksbote“ in 603, die „Neue Zeit“ in 190, die „Gleichheit“ in 4130 gegen 3248 Exemplaren im vorhergehenden Jahre. Die „Landpost“, nach der eine Karte nachfrage ist, wurde, teils allgemein, teils per Post, in 355 000 Exemplaren verbreitet. Die Agitation unter den Frauen hat gute Resultate gezeitigt. Mit der vom Gewerkschaftskongress vorgeschlagenen Regelung der Jugendorganisation vermöge er sich nicht einverstanden zu erklären. Den Bildungsbestrebungen habe man durch Vortragszyklen Rechnung zu tragen gesucht. Von sämtlichen Kreisen wurden an den Parteivorstand in Berlin 21 668 M. abgeführt, während der Rückgang aus der Hauptkasse in Berlin nur 7000 M. betrug. Die Agitationslosse für die Provinz verzeichnete eine Einnahme von 36 027 M., der eine Ausgabe von 32 421 M. gegenübersteht, so daß ein Restbestand von 3866 M. vorhanden ist. In dem dänisch sprechenden Teil der Provinz sind nur minimale Erfolge erzielt worden, und diese hauptsächlich nur dort, wo das deutsche Element vorgehend ist. Auch mit der vorgeschlagenen Regelung der Unterstützungsfrage bei der Waisefer vermöge er sich nicht einverstanden zu erklären.

Die Debatte ist eine sehr lebhaft. Klübs-Kiel erklärt, die „Kremische Haltung“ des Parteivorstandes bei der Wahlfriedensdemonstration habe die Kieler Genossen veranlaßt, sich nicht zu beteiligen, denn Abendversammlungen hielten sie nicht für eine geeignete Form der Demonstration. Mit der vorgeschlagenen Regelung der Jugendorganisation und der Waisefer könnten die Genossen des Kieler Kreises sich nicht einverstanden erklären. Radloff-Neumünster wünscht lebhaft eine freie Jugend-

organisation, mit der geplanten Verbannung könne er sich keineswegs befremden, weil nur die Selbstständigkeit die Jugendorganisation vorwärts bringen werde. Redner unterbreitet dem Parteitag eine seine Ansichten zusammenfassende längere Resolution. Reichstagsabgeordneter Legien geht in längeren Ausführungen auf die Einwände gegen die geplante Regelung der Waiseferunterstützung und der Jugendorganisation ein. Wer bessere Vorschläge zu machen vermöge, dem würde er sehr dankbar sein. Leider seien aber solche noch nicht gemacht worden. Deshalb solle man sich auch nicht in demonstrativer Weise gegen die Waiseferabmachungen wenden. Inzwischen sind Parteivorstand und Generalkommission nochmals in dieser Angelegenheit zusammengetreten und haben sich abermals auf der angefochtenen Grundlage geeinigt, weil eben ein besserer Weg nicht zu finden war. Partei und Gewerkschaften gehen erzieherweise Hand in Hand, Differenzen gebe es nicht, auch nicht in der Frage der Jugendorganisation. Wir wollen aus schon bekannten Gründen keine selbstständige Jugendorganisation, sondern eine Organisation zur Erziehung der Jugend. Deshalb ersuche ich Sie, den Vorschlägen des Parteivorstandes ihre Zustimmung zu geben. Reichstagsabgeordneter Kollenbühr schließt sich diesen Ausführungen an und erklärt die gegen die Abmachungen zwischen Partei und Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe für unberechtigt. Die Unterstützung bei der Waisefer sei bislang auf allen Parteitagen offen gelassen worden. Jetzt schlagen wir Ihnen einen gangbaren Weg vor. Was die Frage der Jugendorganisation anlangt, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß unsere Partei eine Partei voller Ideale ist und keine Partei der „Alten“ und keine Partei der „Jungen“ kennt. Wir kennen nur gleichberechtigte Genossen und Genossinnen. Uns ist die Jugend nicht unbequem, wie den alternen Parteien, daher lasse man sie in unseren Reihen. Für die Jugend muß selbstverständlich extra etwas geschaffen werden, wie die Schaffung eines Jugendorgans und andere Dinge, für welche die „Alten“ nicht mehr inklinieren. Unsere über drei Millionen Wähler haben wohl über sechs Millionen Kinder, die zu guten Genossen herangezogen werden müssen. Dazu sind aber neue Organisationen nicht vonnöten. Der Idealismus verfliegt nicht und führt uns immer auf den rechten Weg. Adler-Kiel ist mit der vorgeschlagenen Jugendorganisation nicht einverstanden. Er schwärme zwar nicht für Sonderorganisationen, aber noch viel weniger für politische oder gewerkschaftliche Zwangsfortbildungsschulen. Wollen wir die jungen Leute heranziehen, so muß es im Rahmen einer gewissen Selbstständigkeit geschehen unter Mitwirkung von dazu geeigneten älteren Genossen. Stellung-Lübeck erklärt sich mit den Ausführungen der Genossen Legien und Kollenbühr einverstanden. Mehrere Gewerkschaften haben Jugendabteilungen ins Leben gerufen, die zu den besten Hoffnungen berechtigen.

Um 7 Uhr abends wird die Sitzung auf Montag vertagt.

Kiel, 31. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Resolution gegen die letzte Auslassung der „Münchener Post“ und die süddeutsche Budgetbewilligung werden durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt mit der Motivierung, es gebe unter den schleswig-holsteinischen Genossen in dieser Frage keine Differenzpunkte und man wolle Nürnberg nicht vorgreifen.

Verbandstag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Viena, 29. August 1908.

Schlusssitzung.

Vor Eintritt in die heutigen Verhandlungen gibt Lehrend-Berlin im Namen der Arbeiterbeisitzer die folgende „Erklärung“ ab: Die auf dem Verbandstage der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte anwesenden Gewerbegerichtsbeisitzer aus Arbeiterkreisen erklären mit Rücksicht auf die am gestrigen Tage vorgekommene Störung der Verhandlungen durch Zwischenrufe gelegentlich des Referats Körfen über die Konkurrenzklausel folgendes:

Wir bedauern die Störung an sich und müssen die Verantwortung dafür ablehnen. Wir protestieren dagegen, daß sich eine Anzahl Herren zu ungehörigen und unsäglich Zwischenrufen hinreißen ließen, als Herr Körfen Ausführungen machte, die auch nach unserer Meinung das Nichtigste treffen. Die Zwischenrufe waren um so mehr unberechtigt, als Herr Körfen in seinem gedruckt vorliegenden Bericht bereits demselben Gedanken Aus-

druck verliehen hatte, der den Widerspruch hervorrief, ohne daß seitens des Verbandsausschusses hiergegen Einwendungen gemacht wären.

Als der Redner noch weitere Ausführungen machen will, entziehen wir uns neue Anreden, so daß ihm schließlich das Wort entzogen wird, weil nach Ansicht des Vorsitzenden in dieser Weise eine Kritik des Verbandsausschusses nicht zulässig sei.

Eine weitere „Erklärung“ gibt das Mitglied des Ausschusses Starke-Dresden bezüglich der Verichterstattung in der bürgerlichen Presse ab, die in entstellter Weise über die vorangegangene Konferenz der Arbeiterbeisitzer berichtet habe, so das „Berliner Tageblatt“ und eine Anzahl anderer Zeitungen, die denselben Bericht veröffentlichten. Da dieser Bericht Gegenstand von Auseinandersetzungen und Kombinationen geworden sei, so müsse dessen Ungenauigkeit festgestellt werden. Wer Interesse an den Verhandlungen der Arbeiterbeisitzer-Konferenz habe, möge den die Verhandlungen in Kürze genau wiedergebenden Bericht des „Vorwärts“, des „Hamburger Echo“ und anderer unserer Parteizeitungen nachlesen. Für alle anderen Veröffentlichungen lehne das Bureau der Konferenz die Verantwortung ab.

Nach Erledigung dieser Erklärungen referiert Magistrats-assessor Wölle-Königsberg über:

Überweisung von Rechtsfreiheiten vom Gewerbegericht an das Kaufmannsgericht und umgekehrt.

Der Referent führt aus, daß die Anwendung des § 16 Abs. 3 der einschlägigen Gesetzesbestimmung, wonach diese Überweisungen zulässig, sich in der Praxis bewährt habe. Anzutraglichkeiten hätten sich daraus nur in Berlin ergeben. Den Wunsch des Gewerbegerichts Dessau, diese Überweisungen auch auf das Verhältnis zwischen Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten einerseits und die ordentlichen Gerichte andererseits auszudehnen, kann Redner nicht befürworten, da durch die Erledigung solcher Überweisungen durch die ordentlichen Gerichte eine Verzögerung der Prozeßführung zu befürchten sei, höchstens könne man einseitig den Überweisungen von Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten an die ordentlichen Gerichte zustimmen. Eine Diskussion zu der Sache wird nicht beliebt.

Einen weiteren, vielleicht den wichtigsten Gegenstand der Erörterungen bildet das Referat des Herrn Magistratsyndikus Dr. Giller-Frankfurt a. M. über:

Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter.

Redner setzt den Wauschwinkel als bekannt voraus. Die größeren Gewerbegebiete müssen immer wieder aufs neue die beträchtlichen Lohnausfälle der Bauarbeiter konstatieren. Die Ursache liege in den gewissenlosen Terrainspekulationen. Ein weiterer Mißstand sei das Bestreben vieler Unternehmer, sich den Arbeiterforderungen durch Zwischenschieben mittellose Subunternehmer zu entziehen. Das unsolide Baugeschäft stehe und falle mit der geschäftlichen Konjunktur. Selbsthilfe der Arbeiter verjage auf diesem Gebiete. Dem Terrainspekulation komme es beim Verkauf einer Baustelle auf die Kreditfähigkeit des Käufers nicht an, da er ja durch die hypothekarische Sicherheit gedeckt sei. Mit den vorgeschossenen Baugeldern bezahle der Unternehmer die ersten Wochen prompt, erhalte dadurch Kredit bei Handwerkern und Lieferanten, und obwohl ein solcher „Unternehmer“, meistens weiter nichts besitze als ein weites Gewissen, lebe er doch meistens eine Zeitlang sehr gut, bis der unvermeidliche Strich der Wirklichkeit plötzlich ein Ende mache. Dann werde der vorchriftsmäßige Offenbarungseid abgeleistet und das „Berliner Hausbaurezept“ könne von neuem angewandt werden. Der Terrainspekulant probiere sich dann einen neuen Zwischenunternehmer aus, inzwischen wachse der Grundstückspreis immer mehr, da die Bauten ja sofort mit in das Hypothekenspfandrecht fallen, und nachdem so der Bau durch Hilfe verschiedener Wauschwinkler allmählich fertig gestellt, werde dann ein mitleidiger Buh den ganzen Schwinkel zu. In ähnlicher Weise verfähre mancher Bauunternehmer, der die sogenannten Akkordarbeiten oder auch den ganzen Bau seinem Polier, Vorarbeiter oder einem sogenannten Kolonnenführer in eigene Regie übertrage. In solchen Fällen vertritt der Bauunternehmer die Stelle des Terrainspekulanten, doch habe die Berechnung manchmal ein Loch, da veranlagtweise die weitaus meisten Gewerbegerichte einen solchen Subunternehmer nicht als Unternehmer anerkennen. Nachdem der Referent weiter in der eingehendsten Weise dieses Wauschwinkelwesen beleuchtet, unterzieht er den vorliegenden Gesetzentwurf der Regierung, der angeblich Abhilfe schaffen soll, einer kritischen Wespenschung, wobei er zu der Schlußfolgerung kommt, daß der Regierungsentwurf unannehmbar sei, weil er so gehalten, daß dadurch die Wauschwinkel eingeschränkt werden müßte, andererseits aber der Zweck, den Lohn der Arbeiter zu sichern, doch nicht erreicht werde. Der Entwurf stelle sich als ein schlechtes Plakatwerk zugunsten der Bauhandwerker und Lieferanten dar, die viel eher in der Lage seien, sich gegen den Wauschwinkel schützen zu

Kleines feuilleton.

Theater.

Freie Volkshöhne (Thalia-Theater): „Todesum“, Komödie von Ernst Kosmer (Elsa Bernstein). Der das Urbild des Felden dieser Künstlerkomödie gefasst hat und die Münchenerische Späße dazu, spürt Erinnerungen aufsteigen, die durch einzelne Vorgänge in diesem Stücke geweckt werden. Peter Kron — so hieß der Titel ursprünglich — ist eben kein anderer als Dr. Heinrich Vorges, der einstmalig in München hochgeschätzte Gründer des gleichnamigen Chordereins, dessen Name außerdem als der eines ausgezeichneten Kritikers und Vorlämpfers der in Richard Wagner sich gipfelnden modernen Musik mit Ehren genannt wird. Dem Vater hat die Dichterin mit dieser Komödie ein bescheidenes literarisches Denkmal gesetzt. Das kann nicht wundernehmen. Im elterlichen Hause konzentrierten sich alle neuzeitlichen Musikinteressen. Wagners Kunst bildete hier das Alpha und Omega, und der um den Bayreuther Meister gekochte Kreis begeisterter Mitarbeiter und Freunde hatte in Heinrich Vorges seinen regalen Mittelpunkt.

Peter Kron studiert also mit seinem Chorderein ein Musikwerk von Viktor Wertheim ein. Natürlich hat er sich durch seine Tätigkeit als Musikkritiker längst die Feindschaft aller eingefessenen Mandarinen des alten akademischen Bopjes zugezogen. Jetzt glauben sie, sei der günstige Augenblick gekommen, um den ihnen unbequemen Friedensstörer unwiderruflich zu machen. Kron verliert nicht nur seinen fünfzehn Jahre hindurch behaupteten Posten als Musikkritiker des „Münchener Tageblattes“, man kriegt es auch fertig, die Orchestermitglieder gegen ihn aufzubringen. Sie wollen nicht mehr umsonst mitwirken, und so bleibt denn Peter Kron nichts übrig, als seinen mühsam gegründeten Chorderein aufzulösen. Als edler Künstler hat er keine Reichthümer zu sammeln vermocht. Um sich und seine Familie vor äußerlicher Not zu bewahren, sieht er sich gezwungen, die miserabel bezahlte Stelle eines Kapellmeisters beim Volkstheater anzunehmen. Coupletmusik mit ungeliebten „Sängern“ und Schmierkomödianten einzuläden, konnte ihm, dem hochstrebenden, idealistischen Künstler nimmer behagen. Er stößt schon bei der ersten Klavierprobe mit der Soubrette und dem Direktor zusammen, der ihn zum musikalischen Schutzhüter erniedrigen will. Kron wird von seiner Frau gewaltsam gehindert, sich weiter zu prostituierten und quittiert kurzerhand die Stelle. Jedenfalls wäre er jetzt der größten Not überantwortet gewesen — wenn ihm dabei ein deutsch-amerikanischer Musikverleger nicht zur rechten Zeit behilflich hätte. Dieser — Claus Smith mit Namen — befindet sich nämlich in seiner alten deutschen

Heimat auf der Suche nach einem tüchtigen Kapellmeister für eine Konzerttournee. Zwar hat ihm Peter Kron, als er diesen um einen Stellamentartikel für untergeordnete Musikstücke seines Verlages angegangen war, barsch die Tür geschlossen; dessenungeachtet greift er ihm als Helfer unter die Arme. Ein junger jüdischer Rechtsanwält hat den Amerikaner auf Peter Kron hingewiesen. Zunächst allerdings mit negativem Erfolg. Wie aber Smith mit Kron's Kindern: Senta und Richard bekannt geworden ist, wird er allmählich auch für den Vater erwärmt und garantiert diesem nun die Mittel, um das Orchester zu bezahlen und wieder den Chorderein zusammenzutrommeln. Der Aufführung des Todesum steht jetzt nichts mehr im Wege, als der möglicherweise bedrohliche Mißerfolg. Kron's Künstlerkraft trägt einen glänzenden Sieg davon.

Was bei dieser Komödie trotz der — an Kosmer's Erstlingsdrama „Dämmerung“ gemessen! — geringeren künstlerischen Qualitäten in die Wagschale fällt, ist die sichere Zeichnung durchweg lebenswahrer Gestalten und die Mischung eines wunderbar echten Münchener Humors, welcher so gerne zu Groteske hinneigt. Man gibt sich dieser Art sehr leicht gefangen und verfährt über der ursprünglichen Kraft und Bodenständigkeit willig die zuweilen zur Anwendung gebrachten Mittel einer etwas abgebrauchten Handwerksdramatik. Die ziemlich große Wirkung dieser „Gemütskomödie“ bleibt in Ansehung des überaus lebhaften Erfolges, den ihre Aufführung am letzten Sonntag davontrug, unbestritten. Daß die Darstellung hieran ihren guten Anteil hat, sei vorweg anerkannt. Zwar vermöchte man in dem kampfstarken Bestreben der Regie, durch allzu vielen Farbauftrag äußerlich bestechen zu wollen, keinerlei künstlerischen Vorteil zu erblicken; zwar hat Emil Hebe in der Ausmalung einer hypernerbösen Larose seines Vaters Kron reichlich zu viel; nichtdestoweniger bot er eine durch eine täuschend ähnliche Waise wie durch sicheres Spiel unterstützte vorzügliche Leistung. Ungleich höher wirkte Rosa Baletti als Frau Nina Kron. In der Natürlichkeit, womit sie sich gibt, steckt doch gerade eine gediegene schauspielerische Kraft, die völlig auf eigenen Füßen steht. Scharf umrissene Charakterzugen boten außerdem Arnold Ried (Corbinian Drummer), Emil Sondermann (Claus Smith), Erfrischend wirkte Elise Otto-Henze in ihrer Posentrolle als Richard, gemüthvoll gab sich Hedwig Storm-Reuh (Senta) und echt in der würzhaftesten Beherrschung des Münchener Dialekts Marie Fernau (Sibela Fleisch). Emma Reinide als Paula ein Wauer soll nicht vergessen sein.

Freie Volkshöhne. (Neues Schauspielhaus.) „Die Kinder der Ezzellen“, Lustspiel in vier Aufzügen von Ernst v. Wolzogen. — Die Leitung der Freien Volkshöhne hat mit der Wahl des Wolzogen'schen Lustspiels als einer der Eröffnungsvorstellungen des neuen Spieljahres einen guten Griff getan. Wenn sich auch gegen die literarische Qualität des Stückes manches einwenden läßt, zumal es allzu sehr nach der üblichen

Aufführung geartet ist, — die Mitglieder hatten ihre helle Freude an der derben Komik und an dem ähnen Spott über die schuldenmachenden Leutnants, die vom Anfang bis zum Ende die Zuschauer in Atem hielten, wenn auch über das Herkömmliche auf diesem Gebiete in keiner Weise hinausgegangen war. Allein die erprobte Popularität des Stückes machte es diesmal doch wohl nicht so ganz allein. Ihr kam ein Zusammenstoß des Ensembles zu statten, wie man es sich besser und routinierter gar nicht wünschen kann. Allen voran rih Käte Ehren (Trubi) die Zuschauer mit sich. Ihre natürliche Winterkeit, die sich oft bis zur ausgelassensten Wadschlosterie steigerte, war voll Lebenswärme und Originalität. Einen ebenbürtigen Partner hatte sie in Hans Siebert (Ralph Normann). Schon sein Janes-Deutsch war eine Prachlleistung. Er, dem die schwierigste Rolle des Stückes zugefallen, wuchte ihre Wirksamkeit abzutönen und ihr im letzten Akte, als ihm das Mädchen, das ihm erst ihre Hand verweigerte, freiwillig als Gattin folgen zu wollen erklärt, jene echten Herzenssteine zu geben, die selten ihren Eindruck auf die Zuhörer verhehlen. Temperamentvoll, hier und da ein wenig allzu stark karikiert, spielte Ernst Arndt (Major v. Muzell). Seine Rolle, vielleicht die dankbarste des ganzen Stückes, lag ihm prächtig. Das gleiche, nur mit wenigen Einschränkungen, ist auch von Artur Rehbach und Franz Höbling (Water und Sohn Diebriehen) zu sagen. Lore Jona (Freifrau v. Versen) und Charlotte Maren (Asta) gaben wirkungsvoll Typen jener Frauen verarmter Adelsfamilien, die um jeden Preis das Deforum verbliebenen Glanzes wahren wollen. Den leichsinnigen Schuldenmacher Bodo schließlich mimte Hermann Romberg; er stellte den verwohnten und verliederten Jungen lebenswahr und glaubwürdig dar.

Lorching-Theater. „Jaja“, ein hier vor Jahren unter Moys Prach am Berliner Theater erfolgreich gegebenes „Sittenbild“ von Pierre Baton und Charles Simon wurde nur wieder hervorbegeholt, um Hedwig Lange, die mit ihrem eigenen Ensemble gastiert, Gelegenheit zu bieten, sich den Berliner Theaterdirektoren zu empfehlen. Man lernte da in der Vertreterin der Titelrolle eine Schauspielerin kennen, die mit glänzenden Mitteln zu blenden weiß, wobei sie durch eine schöne körperliche Erscheinung unterstützt wird. Ihre Leistung würde allerdings noch höher zu bewerten sein, wenn sie sich in der Anwendung mancher billiger Effekte, die aus dem künstlerischen Rahmen fallen, einer weichen Mäßigung befleißigte. Dagegen sind zwei Mitwirkende mit besonderer Auszeichnung zu nennen, deren Name sich mit wacklicher Künstlerkraft deckt. Da wird z. B. die Rolle des Gesangsleiters Cascart durch Adalbert Reher mit bewundernswürdiger Eleganz und Trefflichkeit verkörpert; desgleichen die alle Theaterunter Anais mit der Kognakflasche durch Rosa Baletti. Was sonst mimt, reicht gerade hin, um den Rahmen des Sittenbildes zu planieren.

können als der Bauarbeiter, der sich seinem höchsten Lohn leben müsse. Als einziges durchgreifendes, dabei sehr einfaches Mittel bezeichnet der Referent die Verleihung des gesetzlichen Pfandborrechts am Baugrundstück für den Arbeitslohn. Redner stellt deshalb folgende Forderung auf:

1. Die Lohnforderungen der Bauarbeiter sind gesetzlich zu sichern.
2. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Bauarbeiter erfüllt diesen Zweck nicht genügend.
3. Zum wirksamen Schutz ist die Verleihung eines gesetzlichen Pfandborrechts am Baugrundstück notwendig.
4. Es empfiehlt sich eine gesetzliche Bestimmung, daß bei Weiterverdingung von Bauarbeiten der Vormann zur Entlohnung der bei Ausführung des Gedings geleisteten Arbeiter verpflichtet ist, wenn ihm bekannt war oder bekannt sein mußte, daß der Nachmann nicht die erforderlichen Mittel zur Ausführung besitzt oder letzterer nicht als Betriebsunternehmer im öffentlichen Rechtlichen Sinne anzusehen ist.

Der Korreferent, Redakteur Paeplov-Hamburg erklärt, daß er mit Rücksicht auf die Ausführungen des Referenten seine Forderungen zugunsten der vorstehenden zurückziehe, wenn bezüglich der Verleihung des Pfandborrechts für den Arbeitslohn keine Bedenken beständen. Nur eine seiner Thesen möchte Paeplov aufrecht erhalten, nämlich die, daß sowohl der Name des Grundstücksbesizers als auch der des Bauunternehmers auf der Baustelle angeschlagen sein müssen.

Nachdem dann Justizrat Mangelberg-Krefeld betont, daß der gesetzlichen Festlegung des Pfandborrechts keine Bedenken entgegenstehen, daß das vielmehr nur eine Wiederaufhebung einer Bestimmung des Code Napoléon bedeute, wird den obigen Forderungen einstimmig zugestimmt.

Ueber:

Die Gründe der sofortigen Aufhebung des Arbeitsvertrages referiert Johann Stadtrat Dr. Mayer-Danzig. Die Ausführungen dieses Herrn gipfeln in der Forderung, daß die §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung aufgehoben und an Stelle der zur sofortigen Aufhebung des Arbeitsvertrages berechtigenden Gründe als Sammelname ein „wichtiger Grund“ gesetzt werden soll. Das als „wichtiger Grund“ anzusehen ist, will Herr Dr. Mayer vertrauensvoll der Rechtsprechung der Gerichte überlassen! Was der Herr selbst als „wichtiger Grund“ ansieht, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß er z. B. auch einen plötzlichen Streik, den er als „elementares Ereignis“ wie Feuergefahr (!) betrachtet wissen will, mit benennt. Ferner meinte er, wenn der Arbeitgeber „dem besten Willen plötzlich keine Arbeit mehr habe“, wenn der Arbeiter „absichtlich mangelhafte Arbeit“ liefere, wenn der Arbeiter, der in Wohnungen seines Arbeitgebers wohnt, fremde Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers beherberge, wenn er seine Mitarbeiter bedrohe oder tätlich gegen sie vorgehe, wenn er sich des Hausfriedensbruchs, Trunkenheit, Liegtuerei usw. schuldig mache, so sollen das alles nach Ansicht des Herrn Stadtrat Dr. Mayer aus Danzig „wichtige Gründe“ zur sofortigen Entlassung sein!

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die

Zuständigkeit für städtische Arbeiter,

worüber Herr Stadtrat Dr. Müller-Dessau referierte. Redner vertrat den Standpunkt, daß nach seiner persönlichen Meinung alle gewerblichen Arbeiter der Zuständigkeit der Gewerbeämter unterstellt sein sollen, daß das Gebiet aber noch ein ganz unübersichtliches sei und es sich daher empfehle, das Material einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen.

In einem Resumé, was darauf Herr Oberbürgermeister Cuno-Hagen von den heutigen Verhandlungen gab, wies dieser wenigstens den Gedanken zurück, als ob alle Antwenden mit den Ausführungen des Herrn Dr. Mayer-Danzig betreffs Abänderung der §§ 123 und 124 einverstanden seien, wie es nach den widerspruchsfreien Ausführungen Dr. Meyers scheinen könnte!

Nach den üblichen Dankworten trat hierauf Schluß des Verbandstages ein.

Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer.

Hannover, 30. August.

Der zehnte (außerordentliche) Verbandstag des Verbandes der Maurer Deutschlands wurde heute abend im „Lindenhof“ in Binde vor Hannover durch eine Empfangs- und Begrüßungsfeier eröffnet.

In dem Jahrbuch des Verbandsvorstandes für 1907 — der Bericht für das erste Halbjahr 1908 wird im Laufe der Verhandlungen mündlich erfaßt — wird hinsichtlich der allgemeinen Lage insbesondere Bezug genommen auf die herrschende wirtschaftliche Krise, die ihre Wirkungen sehr intensiv auch im Baugewerbe zeigt durch starke Einschränkung und teilweise völligen Stillstand des Bauhandwerkes in Industriebezirken und Großstädten und durch Einschränkung öffentlicher Bauten. Als allbekannte Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Krise zeigte sich auch diesmal wieder die Erschütterung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, unter der speziell der Maurerverband schwer zu leiden habe. Daneben sei auch sonst die ständige Verschlebung der Mitgliederbestandes über alle Maßen groß. Stellt man die Mitgliederzahlen des 1. und 4. Quartals gegeneinander, so befreit sich der Verlust auf 9830 und zwischen der höchsten Zahl (2. Quartal 202 845) und dem Stand am Jahresabschluss ist gar eine Differenz von 21 056. Der verminderten Arbeitsgelegenheit entsprechend, war — so konstatiert der Bericht — auch der Umfang der Lohnbewegung geringer und ihr Endresultat erheblich weniger erfreulich als im Jahre 1906. Es wurden im Jahre 1907 Forderungen aufgestellt in 702 Lohngebieten mit 7286 Orten, 7679 Unternehmern und 98 350 Gesellen = 750 Lohngebieten, 7628 Orten, 7638 Unternehmern und 102 528 Gesellen. Streiks wurden durchgeführt 184 gegen 228 im Jahre 1906. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte durchgeführt werden in 2138 Orten für 23 829 Gesellen, im Jahre 1906 dagegen in 2481 Orten für 84 764 Gesellen. Einer Lohnerhöhung von 1 bis 19 Pf. pro Stunde konnten sich 72 712 Gesellen in 7018 Orten erfreuen, während 1906 die Zahl dieser Gesellen 98 192 in 7200 Orten betrug.

Ausführlich geht der Bericht dann auf den bekannten

Kampf in Berlin

ein, die Haltung des Vorstandes rechtfertigend, der im Hinblick auf die ungünstige Konjunktur und den zu erwartenden schweren Widerstand des Unternehmertums von vornherein gegen den Kampf gewesen sei, dessen Ausgang dem Vorstande ja auch recht gegeben habe.

Ueber die

Beschmelzungsfragen

wird mitgeteilt, daß darauf gerichtete Versuche bei den Stufkatoren und Dachdeckern bisher gescheitert sind, während einer Verschmelzung des Bauhilfsarbeiterverbandes mit dem Maurerverbande noch nicht näher getreten sei. In nicht allzuferner Zeit werde diese Frage aber spruchreif werden. Dagegen — so heißt es dann an dieser Stelle des Berichtes — ist ein anderer, seit langem diskutierter Uebertritt am Jahresabschluss zur Tagesfrage geworden: Die „Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands“ hat sich aufgelöst und ihre Mitglieder haben sich zum größten Teil dem Zentralverbande angeschlossen. In Berlin, wo ein kleiner Rest Eigenbröckler einen neuen Verein gegründet hat und von dort aus aufs neue die Zersplitterung der deutschen Maurer zu betreiben versucht, sind alle Vereine geschlossen übergetreten.

Ein erfreulicher Fortschritt wird auch in der internationalen Vertändigung konstatiert. Auf der internationalen Maurerkonferenz, die im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart 1907 stattfand, waren 15 Organisationen aus 13 Ländern vertreten. Die alten Freundschafts- und Unterstützungsbündnisse wurden erneuert, außerdem wurde auch bereits ein internationaler Sekretär eingewählt.

Wemerkenswert ist die Stelle, die sich im Bericht mit dem Verhältnis zum Unternehmertum

beschäftigt: „Daß der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe seit seinem Bestehen danach trachtet, den baugewerblichen Arbeiterverbänden eine böse Schlappe beizubringen, um sie auszuschalten bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist eine bekannte Tatsache. Dazu sollte auch sein seit Jahren vorbereiteter Beschluß dienen, die abzuschließenden Tarifverträge alle an einem bestimmten Tage abzulaufen zu lassen, um dann die Arbeiterschaft dann vor das „Entweder — Oder“ zu stellen: nimm die Bedingungen an, die ich Dir diktiere, sonst wirst Du dem Streikpflaster überantwortet. Diese Vorbereitungen sind uns natürlich nicht entgangen, wir konnten ihnen aber nicht wehren. Tarife brauchen wir für die Sicherstellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, denn wir können nicht fortgesetzt und überall gegen die immer wieder herbrochende Unternehmervillwarr kämpfen. Wollten wir aber Verträge haben, so ließe sich eine gewisse zeitliche Gleichmäßigkeit nicht umgehen.“ Der Bericht skizziert dann kurz den bekannten Plan des Unternehmerrundes, der Organisation ein Vertragsmuster für alle abzuschließenden Tarifverträge als letztes Glied in der Kette seiner Vorbereitung zum Kriege auszuwickeln, wie sie aus dem im Dezember vorigen Jahres im „Grundstein“ veröffentlichten Geheimpapier der Generalversammlung der Unternehmer hervorgeht. Die hierin niedergelegten Beschlüsse befehligen bühel die Gefahr, von der die baugewerbliche Arbeiterschaft bedroht war. Sie für diesmal abzumenden, waren diese langwierige Konferenzen und Verhandlungen nötig, die große taktische Umsicht aller beteiligten Vertrauensmänner und Führer der Arbeiterorganisationen erforderten.“

Aus den

Statistischen Angaben

des Berichtes seien folgende hervorgehoben: Der Verband umfaßt 22 Gauen mit 1030 Zweigvereinen. Die Zahl der Mitglieder betrug 1907 am Jahresabschluss 180 792 gegen 183 747 am Schlusse des Jahres 1906. Der Jahresdurchschnitt an Mitgliedern 1907 betrug 182 582 gegen einen Jahresdurchschnitt von 183 637 im Jahre 1906, also eine Zunahme von 8045. Der Verlust von rund 3000 am Ende des Jahres 1907 gegen den Mitgliederbestand am Ende 1906 resultiert aus dem starken Abfall im 4. Quartal 1907 infolge der wirtschaftlichen Krise. Im 2. Quartal 1907 betrug der durchschnittliche Mitgliederbestand noch 201 848, im 3. Quartal 197 006 im 4. Quartal dagegen 180 792. Der Bericht sagt dazu: „Wenn man bedenkt, daß unser Verband in den Jahren 1903 bis Ende 1906 über 100 000 Mitglieder gewonnen hat, so ist der jährliche Umsatz gewiß sehr schmerzhaft, er kann uns aber doch nicht auf lange Hoffnungslosigkeit herabstimmen. Nachdem der Verband die Zeit der Kinderkrankheit seit mehr denn 10 Jahren hinter sich hat, kann uns eine vorübergehende Krise nicht mehr schrecken. Wie wir den Rückgang der Jahre 1900/01 binnen kurzem glänzend überwinden haben, wird energische Aufklärungsarbeit bewirken, daß unsere Mitgliederzahl recht bald wieder eine Steigerung erfährt.“ Sehr beklagt wird über die übermäßig starke Fluktuation, die ungeheurer große Zahl der sog. Durchgänger. In den Jahren 1906 und 1907 wurden 145 214 Mitglieder aufgenommen, der Zuwachs über diese Zeit hinaus betrug aber nur 54 687. Im Jahre 1907 wurden 53 723 Mitglieder neu aufgenommen (20 507 weniger als 1906) und das Resultat ist ein Minus von 2955. Der Bericht bemerkt dazu: „Die Ursachen dieser Fluktuation liegen ja zum Teil in der verminderten Arbeitsgelegenheit, auch die größtenteils ganz unbedeutende Unzufriedenheit mit diesen oder jenen Verbandseinrichtungen und Beschlüssen trägt etwas dazu bei, in der Hauptsache wird sie aber auf die immer noch weit ausgebreitete Arbeitslosigkeit der Kollegen zurückzuführen sein.“ Einen wirklich stichhaltigen Grund werden nur ganz wenige anführen können. Arbeitslosigkeit — so schwer sie zu ertragen ist — ist kein Grund zum Austritt aus der Organisation. Unser Verband ist zwar noch nicht in der Lage gewesen, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen zu können, er nimmt aber in der Zeit solcher Kalamitäten den Mitgliedern auch nur einen minimalen Beitrag ab und stundet ihn auch auf längere Dauer; während der regelmäßig wiederkehrenden Arbeitslosigkeit im Winter (Dezember-Februar) wird überhaupt kein Beitrag gezahlt. Auch die Veränderung des Domizils, das Zurückfluten großer Massen von den Städten auf das platte Land ist kein Grund zur Fahnenflucht, denn überall ist Gelegenheit zur Fortsetzung der Mitgliedschaft gegeben. Es bleiben also nur abgrundtiefe Gleichgültigkeit und Boswilligkeit als Ursachen der Fluktuation im allgemeinen und für den Verlust in Krisenzeiten im besonderen.“

Was die Finanzen betrifft, so betrug die Einnahme des Verbandes insgesamt 5 013 899,96 M. gegen 3 825 507,94 M. im Jahre 1906. Diese Mehreinnahme ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Extrabeiträge (632 459,40 M.) und die Beiträge der Arbeitenden bei Streiks (350 649,35 M.). Die eigentlichen Verbandsbeiträge der Mitglieder betragen 3 418 214,87 M. gegen 3 225 579,75 M. im Jahre 1906. Die gesamte Ausgabe stellte sich auf 3 791 974,99 M. Danach übersteigt die Einnahme die Ausgabe um 1 226 928,47 M. Das Verbandsvermögen erhöhte sich auf 4 791 098,31 M. Für Streiks sind ausgegeben 1 207 068,94 M., 99 192,96 M. mehr als im Jahre 1906. Die Steigerung ist hauptsächlich auf die Ausprägung in Berlin zurückzuführen, die über 600 000 Mark Ausgaben verursachte. Für Kranenunterstützung sind 278 764,73 M. gezahlt gegen 168 889,74 M. im Jahre 1906; für Sterbeunterstützung 78 700,75 M. gegen 63 655,80 M. im Jahre 1906.

Ein interessantes Kapitel ist endlich auch das der Lohnbewegungen. Ihre Zahl betrug 701 in 7286 Orten mit 7679 Unternehmern und 98 350 Gesellen, in 883 Fällen handelte es sich um Erhöhung des Lohnes, in 317 Lohngebieten um Erhöhung des Lohnes in Verbindung mit Verkürzung der Arbeitszeit. Bezeichnet ist, daß in 187 Fällen noch um die 10stündige Arbeitszeit, in 5 Fällen sogar noch um die 10 1/2stündige Arbeitszeit gekämpft werden mußte. Unterhandlungen wurden in 691 Fällen nachgesucht und seitens der Unternehmer in 610 Fällen genehmigt, in 181 Fällen abgelehnt. In 7 Fällen wurden die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt geführt. Die Bewegungen bestanden in 154 Lohngebieten in Angriffstreiks, in 10 Fällen in Ausprägungen, in 11 Fällen in Angriffstreiks und Aussperrung, in 9 Fällen in Aussperrung und Angriffstreiks; sie endeten in 287 Lohngebieten mit vollem Erfolge, in 346 mit teilweisem Erfolge, in 66 ohne Erfolg. Eine Erhöhung des Stundenlohnes wurde in 426 Lohngebieten und eine Erhöhung des Stundenlohnes in Verbindung mit einer Verkürzung der Arbeitszeit in 202 Lohngebieten errungen. Die Verkürzung der Arbeitszeit erstreckte sich auf 2138 Orte mit 23 829 Gesellen und umfaßte 1/2—2 Stunden pro Tag, während die Lohnerhöhung 1 bis 19 Pf. pro Stunde betrug.

Kohlenmärgel ergab das Jahr 1907 197 Angriffstreiks, 208 Abwehrstreiks und 19 Aussperrungen, von denen insgesamt 3146 Betriebe mit 88 908 beschäftigten Personen betroffen wurden. Streikbrecher verblieben 6349, durchschnittlich also in jedem Betriebe zwei. Die Gesamtdauer der Arbeitseinstellung betrug 11 371 Tage, jede Arbeitseinstellung also durchschnittlich 27 Tage. In 189 Fällen, gleich 45,10 Proz., wurde ein voller Erfolg, in 196 Fällen, gleich 22,46 Proz., ein teilweiser Erfolg erzielt. 75 Fälle, gleich 17,90 Proz., waren erfolglos. Gezeigt wurden die Streiks durch Vergleich in 316 Fällen. Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitslohn betrug 541 081 Tage und 3 214 158 M. Lohn. Von den Streikenden waren 21 210 verheiratet, mit 86 622 Kindern unter 14 Jahren, und 11 439 unversehrte. Die Unkosten betragen 1 688 554,30 M.

Tarife sind im Jahre 1907 abgeschlossen 361 in 405 Lohngebieten mit 4060 Orten, 3350 Unternehmern und 50 505 Gesellen. Die Vereinbarung erfolgte in 251 Fällen mit 2780 Betrieben und 36 406 Gesellen ohne Arbeitseinstellung. Die Vertragsdauer bewegt sich zwischen 1/2 und 4 Jahren. Am Schlusse des Jahres 1907 bestanden 674 Tarifverträge für 781 Lohngebiete mit 7570 Orten, 11 361 Unternehmern und 149 619 Gesellen.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

An die Delegierten!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Delegierten sich beim Lokalkomitee anmelden wollen. Die Zahl der bis jetzt Gemeldeten steht in keinem Verhältnis zu dem zweifellos zu erwartenden Besuch des Parteitages. Nürnberg wird sehr stark von Fremden besucht und es ist daher die Lösung der Wohnungsfrage mit verschiedenen Schwierigkeiten verknüpft. Bei der Anmeldung wolle bestimmt angegeben werden, ob und in welcher Preislage Wohnung durch das Lokalkomitee besorgt werden soll. Die Anmeldungen sollen möglichst bis 5. September in den Händen des Lokalkomitees sein. Vorsitzender des Lokalkomitees ist Martin Treu, Nürnberg, Egidienplatz 22.

Die Parteigenossen in Bremen

debattierten drei Abende lang über den Parteitag. Es kam dabei aus Anlaß der Budgetbewilligung, der Jugendorganisation und der Waise zu sehr gründlichen Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Revisionisten. Die Delegiertenwahl ergab für die radikalen Genossen Henke, Grandler und Piel 244 bzw. 231 und 193 Stimmen, während die Vertreter des Revisionismus Klein und Winkelman nur 127 bzw. 91 Stimmen erzielten.

Württembergische und bairische Stimmen zur Budgetfrage.

In Heilbronn tagte eine Parteiversammlung, die ein Referat des Genossen Hoyer hörte. Er empfahl eine Resolution, die die Bewilligung des Budgets billigt und u. a. sagt:

Die Frage, ob die von der Resolution verlangten „zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründe“ vorliegen, die zur Annahme des Budgets berechtigen, ist zunächst von der betreffenden Fraktion selbst zu entscheiden. Ob die Fraktion geirrt hat, kann nur entscheiden, wer ihre Gründe genau kennt.

Es würde auch der Bedeutung der Gesamtpartei durchaus keinen Nachteil bringen, wenn bei Beurteilung der besonders gearteten Verhältnisse Süddeutschlands die Meinung der süddeutschen Genossen über taktische Notwendigkeiten bei der Parteiarbeit in ihrer Heimat mehr beachtet würde, als das bisher geschah.

Eine Notwendigkeit, die Lübecker Resolution zu verschärfen, liegt nicht vor und die Versammlung würde einen solchen Beschluß für einen schweren Fehler halten.

In der Diskussion sprach Genosse Reinhardt gegen den Referenten. Genosse Schmidt trat dem Referenten bei, Genosse Schwan forderte eine genauere Präzisierung der Lübecker Resolution. Die Versammlung wurde schließlich vertagt.

In Mannheim verteidigte Genosse Landtagsabgeordneter Säckling die Bewilligung. Genosse Landtagsabgeordneter Lehmann (der nicht für das Budget gestimmt hat), trat ihm entgegen. Danach wurde Vertagung der Versammlung beschlossen. Vorher wurde indes noch dem Genossen Geiß als Vorsitzenden des Landesausschusses Gelegenheit zur Äußerung gegeben. Er gab eine Darstellung der Vorgänge, aus der hervorging, daß der Landesvorstand sich nicht für berechtigt hielt, dem Parteivorstand zum Zwecke der Publikation (??) Mitteilungen von Beschlüssen zu machen, die noch nicht einmal endgültig waren und zu deren Geheimhaltung ihn die Fraktion verpflichtet hatte. „Die Darstellung des Genossen Geiß“ so sagt die Mannheimer „Vollstimme“, „machte ersichtlich Eindruck auf die Versammlung.“

Die Generalversammlung der Organisation für Neuh. L. beschloß zur Budgetfrage eine Resolution, die energisch Protest einlegt gegen den Disziplinbruch der süddeutschen Landtagsfraktionen, die eine Sonderorganisation innerhalb der Partei zu bilden versuchen“ und auf das entschiedenste die Budgetbewilligung verurteilt, die unvereinbar ist mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei. — Als Delegierte wurden die Genossen E. Wurm-Berlin, der Reichstagslaibidat des Kreises, und Genosse Drechsler-Dessau gewählt.

Das „revisionistische Gespenst“.

Unser Mainzer Parteiorgan veröffentlicht die Zuschrift eines Genossen aus Arbeiterkreisen zur Budgetfrage, deren wesentlicher Inhalt wie folgt lautet:

Trotz allem Ausweichen auf dieser oder jener Seite ist es im Grunde doch nur die Angst vor dem drohenden Gespenst des Revisionismus, die die gegenwärtige Äußerung hervorgerufen hat. Wir sollten uns darüber auch gar nichts weit machen, und ich halte es für durchaus verfehlt, wenn man hier wieder eine große Diskussion über Anzeichen und Merkmale des Revisionismus inszeniert, anstatt einmal in aller Ruhe und Sachlichkeit die ursächlichen Zusammenhänge, die treibenden Motive, die Berechtigung oder Nichtberechtigung derselben zu erörtern. . . .

Die Probleme des Revisionismus und Radikalismus sind lange genug Streitobjekt der sogenannten „Akademiker“ gewesen. Man soll es endlich einmal der Masse der Parteigenossen wissen lassen, was Radikalismus und was Revisionismus eigentlich ist! Die Entscheidung der Partei für das Eine oder das Andere kann nicht ewig hinausgeschoben werden! Einmal muß sie getan werden. Je eher, desto besser. Darum soll man aber auch jetzt schon in aller Offenheit darüber diskutieren, damit alle gründlich unterrichtet sind und ein Entschluß nicht Hals über Kopf gefaßt wird.

Ich bin fest davon überzeugt, wenn man einem einfachen Arbeiter, der nicht von revolutionäromantischen Ideen hypnotisiert ist, auseinandersetzt, was Radikalismus und was Revisionismus ist, was der Revisionismus für ihn in diesem Erdenleben erreichen kann, und was der Radikalismus für seine Ur-Urenkel zu erringen hofft, so wird er sich mit der größten Selbstverständlichkeit für den ersteren entscheiden.

Und eben, weil es so einleuchtend ist, daß durch eine gründliche und freie Diskussion über diese Fragen nur der Revisionismus gewinnen kann, bilige ich es durchaus nicht, wenn die Revisionisten schäutern und bescheiden alle Angriffe über sich ergehen lassen, ohne einmal den Kernpunkt der ganzen Sache rückhaltlos zur Sprache zu bringen. Die revisionistische „Seuche“ ist mehr verbreitet, als sich die Revisionisten selbst träumen lassen! Die große Masse der Arbeiterschaft ist unbewußt revisionistisch. Sie bewußt revisionistisch zu machen, sollten sich die akademischen Revisionisten mehr angelegen sein lassen, als mit den Theoretikern des Radikalismus auf ganz unfruchtbare Diskussionen einzugehen.

Also: Generaldiskussion über den Kernpunkt der ganzen Sache und ruhiges Abwarten, welchem Teil es gelingt, die große Mehrheit der Parteigenossen durch die Vernünftigkeit und durch das Einleuchtende seiner Begründungen auf seine Seite zu bekommen. Sollte dies den Radikalen gelingen, dann müßte in den radikalen Theorien weit mehr Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, weit mehr Menschenkenntnis reden, als ich mit meinem Proletarierverstand bisher darin finden konnte. Aber eben, weil die allgemeine Anerkennung des Radikalismus so gut wie ausgeschlossen ist, sollten die Revisionisten endlich mit dem zaghaft vorhinein Vorgehen aufhören und der Sache energisch auf den Leib rücken. . . .

Wir geben dem Einsender vollständig darin recht, daß eine offene und rückhaltlose, dann aber auch entscheidende Aussprache darüber, ob die Partei den Revisionismus will oder nicht, sehr nützlich und wünschenswert wäre. Aber er scheint nicht zu wissen, daß es nur die Revisionisten sind, die sie ängstlich und mit allen Mitteln der Diplomatie zu vermeiden streben. Die Revisionisten sind es, die andauernd jeden grundsätzlichen Gegensatz zwischen ihnen und uns leugnen; sie waren es, die in Dresden für die radikale Resolu-

Berliner Eis-Palast

Lutherstr. 22/24
Permanente Eishahn!
 2000 Quadratmeter Fläche.

Heute Eröffnung

Von morgens 9 bis nachts 12 Uhr geöffnet.
 Täglich von 12 Uhr mittags ab:
Großes Konzert.

Vornehme Restaurations-Räume. — Elegantes Café.
Eintrittspreise: Vormittags 10 Uhr bis nachm. 6 Uhr 0,75 M.
 Von nachmittags 6 Uhr an 1,00 „
 Kinder unter 12 Jahr. bis 6 Uhr abends 0,50 „
 Abonnements a 30 Besuche 22,50 „

täglich a. d. Kassen d. Berliner Eispalast u. b. A. Wertheim, Leipzigerstr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Wende 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
Egmont.
 Trauerspiel von Wolfg. v. Goethe.
 Musik von Beethoven.
 Mittwoch, Donnerstags: Egmont.

Parodie-Theater
 Dresdener Straße 97.
 Heute:
Cavalleria-Rusticana und
 die urkomische Burleske
 „Berlin steht Kopf“.
 Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8 1/2 Uhr.

Folies-Caprice
 Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
 Die Braunschauer. — Bunter Teil.
 Vorverkauf von 11-3 Uhr
 an der Theaterkasse.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

BERNHARD ROSE THEATER
 Dr. Frankfurter Str. 132.
Das demotische Haupt.
 Anf. 8 Uhr. Wochentagspr.
 Auf der Sommerbühne:
 Theateraufführung. Den All-Deu.
 künstliche Menschen. — Anf. 5 Uhr.

W. Noacks Theater
 Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
 Heute: **Geschlossen.**
 Sonnabend, den 5. September 1908:
 Eröffnung der Winter-Spielzeit!
 Zum erstenmal:
Fremdes Blut.
 Schauspiel.

Brunnen-Theater
 Badstraße 58. Direct.: Willi Voigt.
 Täglich:
Der Fluch des Goldes.
 Erstklassige Spezialitäten.
 The Heros Kurt Ellys
 Paul Coradini, Mr. King and Miss Cooke
 Hüblers 8 wilde Königsböden.
 Vorverkauf von 10 Uhr ab.
 Sonnabend, 5. September: Große
 Benefizvorstellung für das Schauspiel-
 personal: „Mit vollen Segeln.“

Reichshallen-Theater
 Täglich:
Stettiner Sängers.
 Anf. Wochentags 8 Uhr,
 Sonntags 7 Uhr.
 Reichshallen-Garten und
 Restaurant: Militär-Konzert.

Volksgarten-Theater
 — am Bahnhofs Gesundbrunnen. —
 Heute:
**Konzert, Theater und
 Spezialitäten-Vorstellung.**
Neues Hieses-Programm.
 „Mit Heidelberg die feine.“
 Wd. 9 1/2 Uhr: Gadin II. Todessturz.

Gustav
Behrens-Theater.
 Goltzstr. 9.
 Neu! Neu! Neu!
Am Strande von Helgoland.
 Anstaltungs-Operette.
 Wiederanstreten von Gustav Behrens
 und 10 erstklassige Spezialitäten.
 Dußes Kinematograph.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neues Katalog
 d. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grad. u. d.
 d. Enger. Gummiwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Leihhaus
 Gelegenheitskäufe vorfall. Gold-
 und Silbersachen, Brillanten etc.
 Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
 Ecke Ritterstr.

Robert Hecht,
 Berlin S.,
 Oranienstr. 142.
 Befest. schnell und
 billig alle Arten
Stempel
 in bester
 Ausführung.
 Kautschuk-Typen „Perfek“
 zum Aufstempeln einzelner Wörter
 sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

Tanzlehrer mit Schule wünscht
 Walter, Andreasstr. 21, Andreas-Festhale.

Seeben erschienen: 247/5*
Hochkonjunktur u. Wirtschaftskrisis
 von Max Schippel.
 Inhalt:
 I. Der Zusammenbruch in Amerika.
 II. Deutschland bis zur amerikanischen Krise.
 III. Der Niedergang der Produktion und der Arbeitsmarkt.
 IV. Schlussbemerkungen.
 Diese hochaktuelle Schrift kann jedem Parteigenossen
 bestens empfohlen werden.
 Preis 1.— M.
 Billige Ausgabe 50 Pf.
 Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
 Lindenstraße 69, Laden.

Nie & nirgends

 Sonntag geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.
 Gratis bei Einkauf von 15 M. an: eine
 nette Bluse oder ein eleg. Bordürenrock.

Engelhardt-Malzbier das beliebteste,
 überall käuflich.
 Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490/L*
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
 Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Von der Reise zurück 151/18*
Dr. Emil Hirsch
 Schulstr. 2.

Von der Reise zurück. J. Kallmann.
 Zahnoperationen mit örtlicher Be-
 taubung, f. Röntgenlichter auf Wunsch
 ohne Nachzahlung. Sprechstunde 8-3.
 Bitte darauf zu achten, daß sich mein
 Steller nur Röntgenstr. 14/15, Edgards
 Kaiser Wilhelmstr. 18 befindet.

Dr. Salingré
 von der Reise zurück.
 Von der Reise zurück
Hermann Katz,
 Landsberger Straße 71.
 Für Zahnleidende 8 bis 8.

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 36462*
**Haut- und Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische
 Bedarfsartikel,
 Gummiwaren, 1000e Anork.
 V. Prof. u. Arzt empf. bill.
 Apoth. S. Schweitzers Fab.
 hyg. Präp., Berlin O., Holz-
 marktstr. 69-70. Preis. gratis.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
 Leibbinden, Gerüsthaltern, Spritzen,
 Suspensorien sowie sämtliche Artikel
 zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
 Liefer. f. Dr. u. Hülf. Krankenfallen
 Berlin N., 24892*
jetzt Göttinger Straße 60.
 Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
 latschen, angenehm u. weich am Körper.

**Zentral-Verband
 der Zimmerer Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
 Bezirk 25.
 Den Verstorbenen zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied
Karl Ehlert
 am Sonntag, den 30. August, ver-
 storben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 2. September 1908,
 nachmittags 4 Uhr, von der Steg-
 licher Leichenhalle aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 reichen Kranzpenden bei der Be-
 erdigung meines lieben Mannes,
 unseres guten Vaters, des Gastwirts
Julius Schüler, sagen wir
 hierdurch allen Freunden und Be-
 kannten sowie den Genossen des
 6. Berliner Reichstagswahlkreises, den
 Kollegen der Vereinigung der Freien
 Gast- und Schankwirte, ferner dem
 Gesangsverein „Nordwest“ unseren
 herzlichsten Dank.
 Witwe Schüler nebst Kindern.

Danksagung.
 Für die überaus herzliche und auf-
 richtige Teilnahme, die vielen Kranz-
 penden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres unvergess-
 lichen Vaters, des Brauers
Wilhelm Blank
 sprechen wir allen seinen werthen
 Kollegen unseren herzlichsten Dank aus.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Blumen- und Kranzbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.

Trauer-
 Bekleidung für
Herren u. Knaben.
 Gehrockanzüge v. 36,50 an.
 Rock-
 Sacco-Anzüge v. 24 M. an.
Mas-Anfertigung
 — in 12 Stunden. —
 Elegante Frack und Gehrock-
 Anzüge werden versehen.
M. Schulmeister,
 Dresdenerstraße 4
 (am Kottbuser Tor).

Statt jeder besonderen Meldung.
 Am 29. August, nachmittags
 7 1/2 Uhr, verstarb nach langem,
 schwerem Leiden unser lieber
 Bruder, Schwager und Onkel,
 der frühere Restaurateur, jetzige
 Privatier
Wilhelm Merker
 im 58. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefetrübt, um Alles
 Beileid bittend, namens der
 trauernden Hinterbliebenen an
Karl Merker,
 Bergstr. 10.
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 2. September, nachm.
 5 Uhr, von der Leichenhalle des
 zweiten Gemeinde-Friedhofes in
 Pantow, Gailardstr. 10, aus statt.

Sozialdemokratischer Verein
 im
5. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Unter altem, treuem Mitglied,
 der früheren Restaurateur
Wilhelm Merker
 (6. Abteilung)
 ist nach langem, schwerem Leiden
 im Alter von 58 Jahren dahin-
 geschieden.
 Seine Tätigkeit in unserem
 Kreise werden wir stets in dank-
 barer Erinnerung behalten.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 2. September, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle des 2. Gemeinde-Friedhofes in
 Pantow, Gailardstraße, aus
 statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bittet
 Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und
 Schankwirte Deutschlands.**
 Ortsverwaltung Pantow.
 Am 29. August verstarb nach
 langem Leiden unser Verbands-
 mitglied, der frühere Gastwirt
Wilhelm Merker.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 2. September, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gemeindefriedhofes II,
 Gailardstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 73725 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
 zur Nachricht, daß der Steinbruder
Fritz Schulz
 am 30. d. M. sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 2. September,
 nachmittags 5 Uhr, von der
 Leichenhalle des Steglitzer Kirch-
 hofes (Bergstraße) aus statt.
 13665 **Adolf Gering.**

Am Sonntag, den 30. August,
 verstarb nach langem, schwerem
 Leiden unser Kollege, der Stein-
 bruder
Fritz Schulz.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 2. September, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Halle
 des Steglitzer Kirchhofes, Berg-
 straße, aus statt.
 Die Kollegen der Firma
Karl Kühn & Söhne.

Verband der Tapezierer.
 (Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
 Am 28. August verstarb unser
 langjähriges Mitglied
Robert Wilde.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 1. September, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle der Dankestraße, Scharn-
 weberstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
 Die Ortsverwaltung.

**Zentralranken- u. Sterbekasse
 der Tapezierer.**
 Filiale Berlin II.
 Am 28. August verstarb der
 Tapezierer
Robert Wilde
 Mitglied seit 1884.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 1. September, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Danke-Straßens in
 Reinickendorf, Scharnweberstraße,
 Ecke Dankestraße, aus statt.
 13615 Die Ortsverwaltung.
 Sage hiermit allen, die meinem
 lieben, unvergesslichen Manne, unserem
 sorgsamsten Vater, die letzte Ehre er-
 wiesen, sowie für die zahlreichen
 Kranzpenden, insbesondere dem Wahl-
 arbeiterverband, den Kollegen der
 Firma Paul Knahe, sowie dem Sängers
 meinen tiefgefühlten Dank.
 Wm. Marie Lenze u. Kindern.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses fand am Sonntag die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg statt.

Epitelmum

noch immer in Blüte steht. Der Kriminalschutzmann Hartwig, wohnhaft Dunderstraße 12, der seine Erholungsstunden in einer Landkolonie an der Ostseite der Stahlheimestraße, gleich links am Eingang der Kolonie, zu verleben pflegt, ist seinerzeit unter falschem Namen dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis beigetreten.

Genosse Wels eröffnete die Konferenz und ließ die Genossen im Namen des Zentralvorstandes herzlich willkommen sein.

Von der Tagesordnung mußte der 3. Punkt: „Die verlassene Landtagswahl“ wegen Erkrankung des Referenten, des Landtagsabgeordneten Ströbel, gestrichen werden.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Zentralvorstandes,

führte der Referent Otto Wels unter anderem aus: Unsere vorige Provinzialkonferenz wurde zu einem guten Teile durch Betrachtungen über die Reichstagswahl ausgefüllt, das verlassene Jahr aber erhielt sein Gepräge durch den Wahlrechtskampf und die Landtagswahlen.

Im November wurde der Kalender „Der Märkische Landbote“ verbreitet und zwar in 320.000 Exemplaren.

Lokale fanden uns in der Provinz im Jahre 1908 180 große und 110 kleine zur Verfügung; jetzt sind es 171 große und 154 kleine.

Die Landtagswahlbewegung wurde eingeleitet durch eine gemeinsame Konferenz mit dem Gewerkschaftssekretären.

licher Schädigung hielt manche Genossen ab, sich als Wahlmänner aufstellen zu lassen. So schrieb ein Genosse aus Verge, daß sein Hauswirt ihm die Kündigung angedroht habe, wenn er sich als Wahlmann aufstellen lasse, und daß, wenn er, der Hauswirt, auch selbst nichts dagegen hätte, die Bauern ihn zwingen würden zur Kündigung.

Die Bildungsbestrebungen in unserer Partei wurden durch die Einleitung von Bildungsausschüssen gefördert.

In zwei Wahlkreisen wurden andere Kandidaten zum Reichstag aufgestellt, nämlich in Frankfurt-Lebus der Genosse Emil Faber-Frankfurt und in Ost- und West-Sternberg der Genosse Albert Schmidt-Sonnenburg.

Die Frage der Landarbeiterorganisation erfordert besondere Aufmerksamkeit. Die die Verhältnisse liegen, kann den Landarbeitern nicht mit einer rein gewerkschaftlichen Organisation gebietet sein.

Die Arbeiten des Sekretariats und der Kommission waren sehr umfangreich. Es fanden zwei Zentralvorstandssitzungen, vier Sitzungen mit dem Provinzialauschuss und 25 Sitzungen der Agitationskommission statt.

Zu unserer Provinzpresse ist zu bemerken, daß die Abonnentenzahl der „Märkischen Volksstimme“ von 11.170 auf 12.118 gestiegen ist.

Zum bevorstehenden Parteitag will ich nur die Angriffe zurückweisen, die von sächsischen Parteiorganen, aber auch von unserer Provinzpresse gegen die angeblich allzu starke Beschäftigung aus einzelnen unserer Wahlkreise gerichtet wurden.

Der Redner schloß mit den Worten: Trotz der gesteigerten Arbeit, die entfaltet wurde, konnte lange nicht alles getan werden, was notwendig und wünschenswert war.

Darauf gab Schadow-Kottbus den Bericht der Mandatprüfungscommission.

Es sind 25 Berliner Delegierte, 52 Delegierte aus der Provinz, 12 Abgeordnete und Kandidaten der Kreise, 15 Vertreter des Zentralvorstandes, 14 der Kommissionen, 1 Vertreter des Parteivorstandes, 4 Vertreter der Presse, also im ganzen 124 Delegierte und Vertreter anwesend.

Nach der Mittagspause wurde die Diskussion über den Zentralvorstandsbereich eröffnet. Als erster Redner erhielt Peus das Wort, der zunächst bemerkte, daß man die Saalfrage wohl einmal auf andere Weise behandeln könnte.

durch Mieten oder Bauen von Räumen dahin zu kommen. Dilemma Gedanken sollte man jedenfalls praktisch nähertreten.

Adolf Hoffmann-Berlin: Die Parteitage sollen die Gesamtmeinung der Partei zum Ausdruck bringen, und das ist nur möglich, wenn die Delegierten die Meinung ihrer Kreise vertreten.

Fendrich, 2. Wahlkreis: Die Genossen meines Kreises haben formellen Protest gegen den Antrag auf Anstellung eines zweiten Sekretärs erhoben, weil ihnen der Antrag zu spät zugegangen ist.

Eugen Ernst: Genosse Fendrich scheint wenig Briefe zu schreiben, wenn er meint, daß es ein Leichtes sei, täglich 18 Schriftstücke, oft noch mit Anführung von Gesetzesbestimmungen und dergleichen, anzufertigen.

Freihalter-Berlin beantragt im Namen der Revisoren, dem Sekretär und Kassierer Nachträge zu erteilen.

Kammer-Zehdenitz: Die Tätigkeit des neugegründeten Sekretariats hat auf unsere Agitation und Organisation in der Provinz wie frischer Odem gewirkt.

Peus: Daß seinerzeit das Parteitagsmandat Bernhards laßter wurde, war durchaus richtig.

Faber-Frankfurt: Die Art, wie die Berliner Genossen alle wichtigen Fragen in kleinen Kreisen behandeln, ist geradezu das Ideal.

Wagner-Lübben: Was Peus in der Lokalfrage empfiehlt, haben wir bereits lange praktisch durchgemacht.

Galle-Guben: Wir haben in unserem Wahlkreise Guben-Lübben von dem Recht Gebrauch gemacht, drei Delegierte nach dem Parteitag zu schicken.

Vorgmann-Berlin tritt entschieden für Anstellung des zweiten Sekretärs ein.

Wels bemerkt in seinem Schlusswort: Es ist ein starkes Stück, daß Genosse Peus die Delegationen in der Provinz mit dem Fall Bernhardt vergleicht.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 2. September, abends 8 Uhr, bei Keller,
Koppenstr. 29: 230/7*

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Deutschland im Weltensystem. Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann. 2. Diskussion.
Jedermann hat Zutritt.
Der Einberufer: Paul Hoffmann, Doppelner Straße 47.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.
Filiale Berlin.
Bureau: Melchiorstr. 28, parterre. Fernsprecher: Amt IV, 4787.

Mittwoch, den 2. September 1908, abends 8¹/₂ Uhr:
Sektionsversammlung der Lackierer
in Drüfels Gefäßfabrik, Neue Friedrichstraße 35.
Tages-Ordnung:
1. Wie betreiben wir unsere Agitation?
2. Unsere Beitragskassierung.
3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Sektionsleitung.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Sonntag, den 6. September, abends 7¹/₂ Uhr:
Kunst-Abend.
Leitung: **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende: Margherita Simonetti, Koloratur-Sängerin. — Frä. Rossi, Violin-Virtuosin aus Rom. — Margarete Walkotte. — Herr Bruno Tuerschmann, Vortragsmeister am Hobbel-Theater. Am Flügel: Herr Bernhard Nitzsche. — Herr Otto Wiemer, Rezitator ostpreussischer Dialektgedichte.
Nachdem: **Tanz.**
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Zigarrenhandlung, Engelufer 15.

Neuerscheinungen:

Marx als Denker.
Von Dr. Max Adler-Wien. Mit einem Anhang: Marx und die Dialektik. Preis 1,20 M.

Gustav Adolf.
Ein Heldenbild zu Lehr und Buch der deutschen Arbeiter von Franz Wehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis 40 Pf. Gute Ausgabe 1 M.

Die preußische Polenpolitik
in ihren Ursachen und Wirkungen. Von Hermann Wendel. Preis 60 Pf. Gute Ausgabe 1,20 M.

Sozialistische Neudrucke II.

Garantien der Harmonie und Freiheit.
Von Wilhelm Weitling. Jubiläum-Ausgabe. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkung. Herausgegeben von Franz Wehring. Preis in guter Ausstattung brosch. 2,50 M. Geb. 3 M.

Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis.
Von Max Schippel. Preis 50 Pf. Gute Ausgabe 1 M.

„Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ Heft 17:
Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers.
Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen. Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 2. September, abends 8¹/₂ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungstokale sind folgende:

Tischler.

Süden bei Glesing, Wassertorstr. 68.
Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 5/7.
Südosten I u. II bei Hollbach, Raunhstr. 6.
Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Walter, Andreasstr. 21.
Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Litzin, Memeler Straße 67.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.
Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.
Rosenhaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedter Str. 23.
Wedding und Moabit: bei Fahrow, Radensstr. 6.

Bautischler.

Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei Wöhring, Admiralsstraße 18c.
Osten, Bez. 2: bei Zietz, Warschauer Str. 61.
Norden, Bez. 3: bei Karl Hube, Kopenhagener Str. 74.
Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Sachse, Lindower Str. 26, Bahnhof Wedding.

Möbelpolierer.

Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c
Norden bei Günter, Brunnenstr. 96.

Möbelmagazin-Arbeiter und Beizer
bei Grapentin, Stalitzer Straße 102.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Musikinstrumenten-Arbeiter
am 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 8.

Modell- und Fabrik-Tischler
bei Max Wieser, Bergstr. 31.

Maschinenarbeiter
Engelufer 14, parterre, im Arbeitlosensaal.

Kammacher
bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Bodenleger
im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15.

Stellmacher
bei Hahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 52.

Kistenmacher
bei Baudach, Breslauer Straße 29.

Korbmacher
bei Eichhorn, Koppenstraße 47.

Bürstenmacher
bei Preuß (Hilfedein-Ausführung), Holzmarktstraße 65.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter
8¹/₂ Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.

Bilderrahmenmacher
bei Natteroth, Ritterstr. 32.
Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter
bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.
Diese Versammlung beginnt um 7¹/₂ Uhr.

Jalousie-Arbeiter
bei Mühle, Mariannenstr. 41.

Vergolder
bei Merkowski, Andreasstr. 26.

Einsetzer.

Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 7):
Tages-Ordnung:
1. Die Situation in unserer Branche (Bericht und Diskussion).
2. Stellungnahme zum Beschluß der Generalversammlung betreffs der Morgenarbeiten. 3. Abrechnung vom Referendats. 4. Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.
Achtung! Putzer. Achtung!
Mittwoch, den 2. September 1908, abends 6¹/₂ Uhr, in den „Neuen Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 134/16*
1. Vortrag des Genossen J. Borchardt über Militarismus. 2. Anzeige des Vorstandes. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Wohlgeht für einen guten Besuch der Versammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
S. A.: E. Schulze.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213,6*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12¹/₂ Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12¹/₂ Uhr mittags hochinteressante Raubtierdresur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.

Freireligiöse Gemeinde zu Berlin.
Freitag, den 4. September, abends 8 Uhr:
Außerordentliche beschließende Gemeinde-Versammlung
bei Freyer, Koppenstraße 29.
Nur vollberechtigte Mitglieder haben Zutritt!

Tages-Ordnung:
1. Erledigung des Protestes gegen die Vorstandswahl und der Protokolleinsprüche.
2. Innere Angelegenheit (Entscheidung der Vollberechtigung.) Zweite Abstimmung.
3. Statutenänderung.
4. Verschiedenes.
1307b* Der Vorstand. L. A.: A. Hoffmann.

Dr. med. Karl Reinhardt's Spezial-
ärztliche Institute für Haut-,
Harnleiden, Potsdamer Str. 117
(P. 13-3 und 1/3-9 abends)
Neanderstr. 12 (nahe Kammwühlbrücke)
(P. 10-11 und 1/5-1/5 11hr). Voll-
kommenstes kombiniertes Heil-
verfahren. Ausführliche Broschüre über
den Wert künstl. Uhl. Heilmittel haben in
verschloß. Kuvert gratis u. postfrei.

Kaufen Sie Augengläser nur bei einem Fachmann! — Wer ist das?
Optiker Läckemäcker
I. Schönhauser Allee 136
II. Kommandantenstr. 33
Empfeht Brillen u. Pincenez 1 M. an, Thermometer 30 Pf. an,
Reisegläser, sehr scharf 8,50 M., Barometer, bestes Werf. 5,50 M.
Gegr. 1893. — Reparaturen in eigener Werkstatt. — Gegr. 1893

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Unsere **90 Pf. Sage** dauern bis **Sonnabend d. 5. Sept. cr.** inkl.

so lange Vorrat.

Lebensmittel

Fleischwaren

- 1 Pfd. ff. Fleischwurst . . . 90 Pf.
- 1 Pfd. ff. Leberwurst . . . 90 Pf.
- 1 Pfd. ff. Kochmettwurst . . 90 Pf.
- 1 Pfd. ff. Mettwurst Braunschw. Art 90 Pf.
- 1 Pfd. Rotwurst } zusammen
- 1 Pfd. Zwiebelwurst . . . } 90 Pf.

- 1/2 Pfd. Schweizerkäse . . . } zusammen
- 1/2 Pfd. Brikäse } 90 Pf.

Kolonialwaren

- 1 Pfd. gebr. Kaffee 90 Pf.
- 1 Glas Honig garantiert rein netto Inhalt 1 Pfd. 90 Pf.
- 5 Pfd. Weizenmehl 000 . . 90 Pf.
- 1 Glas Mixed-Picles } zusammen
- 1 Dose Heringe in Gelee } 90 Pf.

- 1/2 Pfd. Edamer Käse } zusammen
- 1 Stück Ramadour-Käse } 90 Pf.

Liköre

- 1 Fl. Halb und Halb 90 Pf.
- 1 Fl. Kurfürstl. Magenbitter . 90 Pf.
- 1 Fl. Himbeersaft 90 Pf.
- 1 Fl. Kirschsaff 90 Pf.
- 1 Fl. Berl. Getreidekummel . 90 Pf.
- 1 Ltr. ff. Danziger Korn . . . 90 Pf.

- 1 Pfd. Tilsiter, 1 Frühstücks- } zusammen
- Käse, 1 Camembert } 90 Pf.

Wir empfehlen unseren Lesern die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Chertteller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschmann. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.
- Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Ubalde. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernheim. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Illustr.)
- Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. E. Chelling. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13: Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. S. Muntzer. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14: Verhütung und Heilung des Stotterens von Couls Jordan, Leipzig. Mit einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
- Heft 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiter-Familie von Dr. Julian Markale.
- Heft 16: Zähne und Zahnpflege von Gertrud Rewald. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 17: Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers mit Illustrationen. von Dr. Christeller.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Zur Einsegnung

Schwarze, weiße u. farbige Kleider aus wollebenen Stoffen mit Spachtel- u. Hortengarnung. 15, 20, 25 M.
Jackette u. Paletots 8, 10, 12 M.
Elegant **Kostüm-Röcke** Neueste verarbeitet. aus prima Satintuch | aus englischen Stoffen 9, 12, 15, 18 M. | 3, 6, 10, 15 M.
Ein groß. Posten gefüllter wollener Blusen 3.50 M.
Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen.
Jackett- und Paletotkleider 10, 15, 20 M.
Stelmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
2 Häuser vom Dönhofsplatz, 12 Schaufenster.

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten

Parteigenossen! Arbeiter!

Habt Ihr Bedarf an Taschenuhren?
So empfehlen wir Ihnen solche mit Fabrikmarke „Freiheit“, welche von Parteigenossen angefertigt werden. Auf Wunsch werden dieselben mit Spezialgravierungen, mit Bildnissen (Photographien) der Genossen **Bebel, Liebknecht, Lassalle, Marx, Engels, Auer** usw. angefertigt. Für genaue Gang und Solidität wird weitgehendste Garantie geleistet.
Ist am betreffenden Orte keine Vertretung, so wende man sich direkt an die Fabrik „Freiheit“, Hünningen i. E. wenden.
Uhrenfabrik „Freiheit“, Hünningen i. E.
Inhaber: Wilhelm Gutbub.

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
H. & P. Uder,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt IV, 3014.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Rich Rintz, Bauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Habnisch, Auguststr. 60, Eingang Kochstraßenstr.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Quisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Rüdersdorferstr. 2, am Küstrinerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Jannauellstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Monbit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiche, Rosarenstr. 49.
Rosenhaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Ruffe, Adlerstr. 36, Eingang Anflamerstraße.
Gesundbrunnen: Fr. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Uhlenstr. 123.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürer, Rubowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstraße 1, Ecke Grottestraße, Laden.
Wilmersdorf-Balensee: Töffe, Sigmaringenstr. 5.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otis Seitel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gumostr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneberg: Donatowsky, Dasselwaderstr. 2.
Johannisthal: Bielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Adlershof: Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Kuntzgraben 2.
Köpenick: Friedrich Woid, Riekerstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernier, Schloßstr. 119, Hof I, im Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen im Steglitz: H. Mohr, Döppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Kurfürstenstr. 34.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienburgerstr. 13, I.
Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Grüneweg 46 I.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riepp, Borsigwalde, Rüststraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: Rühlensstr. 73.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Proje, Gohsestr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Niedersdorf und Hanks Ablage: Erich Jimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 8.
Teltow: Wilhelm Kehler, Hohensteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Weiserstr. 46.
Spandau: R. Dypen, Jagowstr. 9.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Waldeseeferstr. 14.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden.

Partei-Angelegenheiten.

Die Festsetzung des Frauenbeitrages

durch die letzte Verbands-Generalversammlung begegnet in den Reihen der Genossinnen lebhaftem Widerspruch. Die Genossinnen halten nach Lage der Sache einen monatlichen Beitrag von 10 Pfennigen zu gering, um eine wirkliche Propaganda entfalten zu können.

Auch in diesen Kreisen mehren sich die Äußerungen des Unwillens über diesen Beschluß, der mit dem vorher kundgetanen Willen der übergroßen Mehrheit der Genossen im strikten Gegensatz steht.

Charlottenburg. Die Parteigenossinnen und Genossen werden nochmals auf die heute abend im Volkskaufe stattfindende Mitglieder-versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht.

Rathshorst. Die am 1. September fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus. Dafür findet eine solche am 22. September statt.

Steglitz. Mittwochabend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung, 2. Verbandsgeneralversammlung, 3. Anträge, 4. Verschiedenes.

Treptow-Baumfahnenweg. Heute, Dienstag abend findet im Lokale „Zur Rembahn“ in Treptow die Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt.

Stralau. Freitag, den 4. September 1908, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet in der „Berle“, Alt-Stralau 21, die Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt.

Pantow. Heute abend 1/9 Uhr: Extra-Sitzabend. Tagesordnung: Wahl eines Zeitungspediteurs. Die Wahlen finden in der Form der Urwahlen statt.

Berliner Nachrichten.

Unterbringung der Waisenkinder Berlins auf dem Lande

Ist ein Ideal, das den Agrariern seit langem vorschwebt. Von Zeit zu Zeit wird in der Presse, die ihnen dient, immer wieder mal der vollen Durchführung dieses pfiffigen Gedankens das Wort geredet.

Kürzlich hat nun die „Deutsche Tageszeitung“ mit einem Artikel eines juristischen Hochschullehrers aus neue gemacht, Berlins Waisenkinder mehr noch als bisher dem Lande zuzuführen.

Natürlich, an solchen Beispielen wird es niemals fehlen. Es ist ja zweifellos, daß es unter den Pflegeeltern manche sehr tüchtige Leute geben wird, die gegenüber den ihnen anvertrauten Kindern ihre Pflicht in vollstem Umfang tun.

Das gilt besonders von den Pflegestellen auf dem Lande; denn gerade dort hält man die weitestgehende Veranlagung der Kinder zur Erwerbsarbeit noch für etwas ganz Selbstverständliches.

objektive Prüfung der auswärtigen Pflegestellen. Als Herr Bartold in seinem Ante noch neu war, äußerte er sich in seinem Revisionsbericht aus dem Jahre 1902/03 mit einer Schärfe, wie wir sie weder vorher noch nachher jemals in solchen Berichten gefunden haben.

Wilde sich doch niemand ein, daß das Verlangen nach den Waisenkindern der Stadt Berlin, das von den Agrariern immer wieder geäußert wird, etwa in dem Bestreben wurzle, den Stadtkindern eine Wohlthat zu erweisen.

Die Bevölkerungszahl Berlins

hat im Juli 1908, über den jetzt das Berliner Statistische Amt berichtet, weiter abgenommen. Nach den Berechnungen des Amtes war sie Anfang Juli 2007 709, aber Anfang August nur 2 095 825.

Die Misere der Heimarbeiter

wird im wesentlichen gekennzeichnet durch den Umstand, daß der eigentliche Arbeitgeber es vermeidet, in direkte Beziehung zu den für ihn Arbeitenden zu treten. Er bedient sich der sogenannten Zwischenunternehmer und wälzt dadurch die Kosten für Vorhaltung von Arbeitsräumen, Versicherungsbeiträge u. dergl. auf die Arbeiter und Arbeiterinnen ab.

Wie uns die Firma Weiland u. Janisch, Gleimstr. 32, über die wir dieser Tage Klagen über beanstandete und nicht bezahlte Faltenröcke veröffentlichten, mitteilt, ist das auch der Grund, warum sie darauf sehen müsse, Arbeit zu erhalten, die ihr beim Abliefern an das Geschäft nicht beanstandet würde.

zahlte allgemein 60 Pfennig bis 1 Mark für einen Faltenrock, nur Ausnahmeweise 50 Pfennig. Wenn die Arbeiterinnen, die ihre Proberöcke geliefert hätten, die Änderungen gemacht hätten, würden dieselben anstandslos ihr Geld erhalten haben.

Zu dieser Mitteilung der oben genannten Firma möchten wir bemerken, daß es sich bei unserer Veröffentlichung nicht so sehr um die einzelnen Mißstände in der Heimarbeiter handelt, als darum, ganz allgemein die Aufmerksamkeit auf unbillige Zustände in der Heimarbeiter überhaupt zu richten.

Wegen die Eisenbahnarbeiter. Aus Anlaß der im vorigen Jahre häufiger vorgekommenen Ausbahnungen in Eisenbahnhöfen hatte Minister Breitenbach, wie erinnerlich, eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen prüfen lassen, darunter auch die Vermehrung und leichtere Erreichbarkeit der Notbremsen in den Personenwagen.

Wenn man Möbel auf Abzahlung nimmt.

Aus dem „Möbel- und Waren-Kreditkassendirektor“ R. Silberstein (Berlin, Spandauer Brücke 2) geht uns ein Schreiben zu, das eine Antwort auf unseren in Nr. 201 veröffentlichten Artikel über dieses Abzahlungsgeschäft sein will.

Abgelehnt wurde auch in der Gemeindevertreter-Sitzung in Friedrichsfelde der Antrag der „Großen Berliner“ auf Verlängerung der Konzession auf 60 Jahre.

Erschlagen wurde vor den Augen seiner entsetzten Ehefrau in der Sonntagnacht um 1 1/2 Uhr der in der Blumenstr. 60a wohnhafte Werkzeugschlosser Karl Bastian. Ueber die Einzelheiten dieser Mordtat erfahren wir folgendes: Der am 7. August 1867 geborene Werkzeugschlosser Karl Bastian ist seit 10 Jahren verheiratet und Vater von 7 Kindern.

Wie und noch mitgeteilt wird, sollen die Täter in einem Bouillonkeller in der Blumenstraße gekauft haben und auch an einer Wessener

Schürden der Wohnung einzuschlagen, sondern er versuchte zunächst, sie mit einem Nachschlüssel zu öffnen. Als das nicht gelang, schlug er immer noch nicht die Tür ein, sondern begab sich nach dem nächsten Restaurant, um per Telephon die Feuerwehr zu rufen. Ein dort als Gast anwesender Berliner Knobel aus Lichtenberg, der den Sachverhalt mitanhörte, hatte weniger Geduld als Herr Goetze. Er eilte nach der Wohnung hinauf, warf sich gegen die Tür und hämmerte mit den Stiefelabsätzen darauflos. Herr Goetze soll die Bemühungen des rasch entschlossenen Mannes begleitet haben mit Ausrufungen der Sorge, daß die Tür dabei Schaden erleiden könnte. Schließlich kam die Feuerwehr, zertrümmerte kurzerhand die Tür und drang in die Wohnung ein. Sie fand den Knaben schwer verbrannt vor, dagegen waren die anderen Kinder unversehrt geblieben, weil das Feuer nicht weiter um sich gegriffen hatte. Der Knabe wurde in ein Krankenhaus gebracht; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Im Hause hatte dieses Brandunglück große Aufregung hervorgerufen. Sie verwandelte sich in Entrüstung, als bekannt wurde, wie Herr Goetze sich bei den Rettungsversuchen benommen hatte. Dem Kummer um die Beschädigung der Tür gab hinterher auch seine Gattin Ausdruck, indem sie beim Anblick der zertrümmerten Füllungen ärgerlich fragte: „Wer bezahlt denn nun das?“ Die Frage war ohnedies überflüssig, weil ja jeder derartige Schaden, der bei einem Brande entsteht, durch die Versicherung gedeckt wird. Die Erbitterung gegen Goetze und Frau stieg im Hause und in der Nachbarschaft so, daß die Polizei, die unvermeidliche, es für nötig hielt, die Goetz'sche Wohnung unter ihren „Schuß“ zu stellen und die auf der Straße angesammelte Menge zu „zerstreuen“. Man hat uns übrigens gesagt, das Ehepaar Goetze selber habe keine Kinder, aber einen Hund, der wie ein Kind gehalten werde.

Schöneberg.

Ein Volkspark soll auf dem südlichen Teil des Südgeländes in der Nähe der sogenannten „Blanke Hülle“ in einer Größe von ungefähr 14 bis 16 Morgen errichtet werden. Der notwendige Kinderspielplatz ist ebenfalls vorgesehen. Der Name des Gewässers soll auch einmal geändert werden. Nach einem Regeplan aus dem Jahre 1820 heißt es dort: Große Blanke Hülle, während ein Separationsplan des Jahres 1846 auf Blanke Helle hinweist. Wie dem auch sei, der Zweck soll zweifellos der sein: das Südgelände bei seiner Bebauung einen möglichst vornehmen Anstrich zu geben. Man sieht ein, eine Dummheit begangen zu haben, als beschlossen wurde, daß auf dem Teil des Geländes am Söckendam Fabrikten errichtet werden dürfen. Durch diesen Beschluß wurden auch Arbeiter herangezogen, und das will man möglichst vermeiden. Hinzu kommt, daß den Herrn Hausagariern mehr Rechnung getragen werden soll.

Steglitz.

Eine „Berichtigung“. Wir erhalten folgendes Schreiben:

Steglitz, den 28. August 1908.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

In Erwiderung auf den Bericht im „Vorwärts“ vom 27. et. aus Steglitz bitte ich um Aufnahme folgender Zeilen:

Jeder Leser des Artikels wird sich gefast haben, daß es unmöglich ist, daß ein Lehrer, der einen Knaben wegen Krankheit nach Hause schickt, diesen einige Tage darauf durch die Polizei der Schule zuführen läßt.

In der Tat ist dieser Fall unmöglich, und die im „Vorwärts“ geschilderte Ursache der ganzen Angelegenheit entspricht nicht den Tatsachen.

Nach Angabe des Klassenlehrers hat der Knabe am Montag, den 17. August um Urlaub nachgefragt, um seine Mutter, die operiert sei, zum Arzt begleiten zu können. Der Urlaub ist dem Schüler für den Tag bewilligt worden. Nun fehlte der Knabe aber auch am Dienstag und Mittwoch, und zwar ohne Entschuldigung.

Als dann der Lehrer erfuhr, daß der Schüler während dieser Tage auf der Straße gesehen worden war, beantragte er die polizeiliche Zuführung.

Dieses der einfache Tatbestand. Mich wegen der in dem Artikel enthaltenen Anariffe an verleidigen, halte ich nicht für nötig.

Hochachtungsvoll

Löh, Rektor.

Hierzu haben wir zu bemerken, daß nach dieser Darstellung über die Ursachen ein Mißverständnis vorzuliegen scheint. Der Knabe hat nicht um Urlaub gebeten, lediglich um seine Mutter (die nach schwerer Operation noch in ärztlicher Behandlung ist) zum Arzt zu begleiten, sondern weil er selbst krank war und mit der Mutter zur ärztlichen Untersuchung gehen sollte, was ja in Wirklichkeit auch geschehen ist. Daß die Eltern in diesem Falle ihr Kind genügend entschuldigt glauben, ist wohl erklärlich. Erklärlich ist auch, daß der Klassenlehrer infolge dieses augenscheinlichen Mißverständnisses den Knaben vom zweiten Tag an als unentschuldig fehlend betrachtete. Aber unerklärlich bleibt es nach wie vor, daß ein Kind, das schon seit Donnerstag die Schule besucht, am Sonntagabend und sogar noch am folgenden Montag polizeilich vorgeführt werden soll. Und diese behauerliche Tatsache vermag Herr Rektor Löh nicht zu berichtigen.

Ober-Schöneeweide.

Die Versammlung des demokratischen Vereins in Ober-Schöneeweide hat, wie uns von dem Verein mitgeteilt wird, tatsächlich zu einer Konstituierung eines Vereins geführt. Es seien 31 Mitglieder in dieser Versammlung dem Verein beigetreten.

Unsere Meldung, daß die Vereinsgründung wegen schwachen Besuchs mißglückt sei, ist zurückzuführen auf den Umstand, daß unser Gewährsmann sich aus der Versammlung entfernte, weil niemand kam. Nachträglich scheinen sich also doch noch einige Dutzend Leute eingefunden zu haben.

Rantwijk.

Eine außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins fand am 26. August statt. Genosse Delms behandelte zuerst das Thema: „Frauenfrage“. Er zeigte, wie durch die wirtschaftliche Entwicklung, besonders durch die Revolution der Maschine, die Frauen- und auch die Kinderarbeit an Umfang gewann, und diese gleich dem Mann Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus geworden seien. Der Kampf der Frau müsse deshalb gleichfalls Klassenkampf sein. Ueberall hat die Frau die gleichen Pflichten, aber nur ganz winzige Rechte. Aufgabe der Frauen sei es nun, da sie das Recht sich politisch zusammenschließen nun endlich haben, davon möglichst großen Gebrauch zu machen und Schulter an Schulter zu kämpfen. In der Diskussion forderte eine Genossin zum lebhaftesten Austritt aus der Landeskirche auf.

Hierauf wurde von den Genossen Trautisch und Sebastian der Bericht der Kreisgeneralversammlung und von der Groß-Berlins gegeben. Hieran knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, besonders wegen der Festsetzung des Beitrags für die Frauen. Die meisten Redner sprachen sich für den 20 Pf.-Beitrag aus. Es wurde folgende Protestresolution vorgeschlagen und angenommen: „Die heute in Rantwijk tagende Mitgliederversammlung, besonders die anwesenden Frauen, erheben Protest gegen die Festsetzung des Beitrags auf 10 Pf. und fordern die Erhebung des 20 Pf.-Beitrags.“ Dieser Protest soll der Generalversammlung Groß-Berlins unterbreitet werden.

In der hierauf vorgenommenen Ergänzungswahl zum Vorstand wurde an Stelle des Genossen Vorheimer, der sein Amt niederlegte, Genosse Kadice als zweiter Vorsitzender, und als Vorsitzerin Genossin Marie Theurig gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein Antrag: Zur Generalversammlung Groß-Berlins dieselben Genossen zu delegieren, welche die Generalversammlung des Kreises besucht haben, angenommen. Eine lebhafteste Debatte rief hervor, daß ein Delegierter in der Generalversammlung für den

10 Pf.-Beitrag gestimmt hat, trotzdem die Genossen in den Zahlabenden für den 20 Pf.-Beitrag waren. Kritisiert wurde, daß die Delegierten mit gebundenem Mandat zu den Generalversammlungen geschickt wurden; eine Einigung kam in dieser Frage nicht zustande. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß der 5. und 6. Bezirk von nun an seine ständigen Zahlabende bei „Schulz“, Kurfürstenstraße, abhält. Nachdem noch zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert worden war, fand die Generalversammlung erst spät nachts ihr Ende.

Nieder-Schöneeweide.

In der Mitgliederversammlung am 25. August wurde, nachdem der Genosse Dehmel den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gegeben hatte, die Frauenorganisation vom Genossen Bengsch in ausführlicher Weise behandelt. Es ließen sich zehn Genossinnen und zwei Genossen anhören. Unter Verschiedenes wurde ganz besonders auf die vom Arbeiter-Turnverein Ober-Spreewälder veranstaltete „Mekruten-Abschiedsfeier“, welche am 19. September im Lokal Haffelwerder stattfindet, hingewiesen. Es wird erwartet, daß die Feier von den Genossen zahlreich besucht wird.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Pankow. Am Mittwoch, den 2. September, um 8 Uhr abends bei Abendrot. Geleitet wird derselbe von Genossin Gertrud Hanna.

Vermischtes.

Bergisch. Ratibor, 31. August. Einer Meldung des „Generalanzeigers“ für Schlesien und Posen zufolge sind in der hiesigen Taubstummenanstalt gestern Nacht drei Kinder unter Vergiftungserscheinungen plötzlich gestorben. Drei andere sind erkrankt und dem städtischen Krankenhaus zugeführt worden. In der Anstalt selbst haben, wie festgestellt wurde, die Kinder nichts genossen, was die Erkrankung oder den Tod verursacht haben könnte. Die Sektion der Leichen ist angeordnet.

Eine gedankene Staatsflüge.

Aus Guskirchen wird unterm 31. August gemeldet: Nach Unterschlagung von etwa 10 000 M. zum Nachteile der Spar- und Darlehnskasse im benachbarten Trauenberg ist deren Kassierer, der Lehrer Krämer, flüchtig geworden. Krämer führte ein stotteres Leben und hat Frau und vier Kinder in großer Not zurückgelassen.

Pestverdächtig? Wie der Hamburger Polizeibericht mitteilt, sind an Bord des von Süd-Amerika eingetroffenen Dampfers „Queensborough“ pestverdächtige Motten gefunden worden. Das Schiff wird der Ausgabung mit dem Mattentötungsapparat unterworfen werden. Die Weiterlösung ist unter den üblichen Vorsichtsmahregeln gestattet worden. Menschen sind nicht erkrankt.

Aus den Bergen. Zwei von der Benediktinerabtei abgestürzte Touristen sind von einer Rettungskolonne tot aufgefunden worden. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht festgestellt.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Geschäft reg. Zufuhr mäßig, Preise gut. Geflügel: Geschäft betrieblig, Zufuhr genügend, Preise ansehend. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise mehr-jah verändert.

Das seit 23 Jahren bestehende Manufaktur- und Modewaren-Geschäft

H. MARKUS

Reinickendorfer
Strasse 14

..... wird vollständig aufgelöst

Sämtliche zum Verkauf gelangenden Waren, bestehend aus
Kleiderstoffen * Seidenstoffen * Leinen- und Baumwollwaren
Handtüchern * Tischtüchern * Gardinen * Teppichen * Möbel-
stoffen * Steppdecken * Tischdecken * Damenmänteln * Kostümen
Blusen * Unterröcken * Kinderkleidchen * fertiger Damen- und
Herren-Wäsche * Trikotagen * Wollwaren etc. sind streng reellster
Beschaffenheit und im Preise fast bis zur Hälfte herabgesetzt

Heute Dienstag, früh 9 Uhr, beginnt der Verkauf!

Geöffnet von 9-1 und 3-8 Uhr

